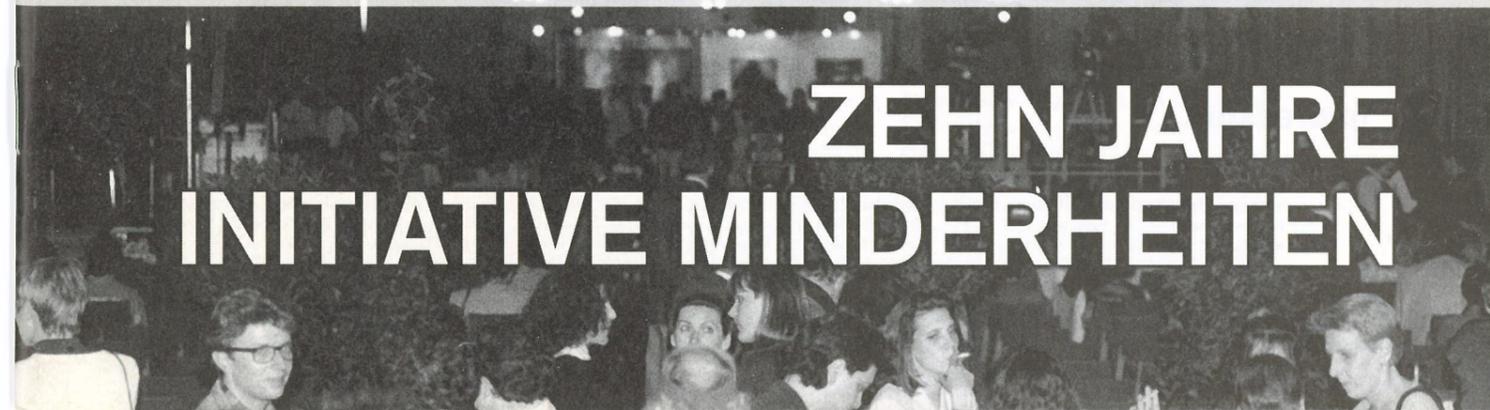




stimme

VON UND FÜR MINDERHEITEN



ZEHN JAHRE
INITIATIVE MINDERHEITEN

DER NEUE KUHHANDEL

Mit dem Eingeständnis, sie habe sich bisher zu wenig um die „anständigen Ausländer“ gekümmert, und mit ihrem Vorschlag eines Integrationsvertrags hat nun auch die FPÖ stillschweigend bestätigt, daß Österreich ein „Einwanderungsland“ ist – obwohl seit einigen Jahren so gut wie keine nennenswerte Einwanderung mehr nach Österreich stattfindet und der Vorstoß von FPÖ eine Konsequenz der verlorenen Wiener Wahl darstellt.

Die Wiener Wahlen markieren ohnedies eine Wende. Einerseits wurden im Zuge des Wahlkampfes die eingebürgerten MigrantInnen als WählerInnen entdeckt, zumal sie inzwischen zu einem numerisch nicht mehr zu übersehenden Faktor geworden sind. Die vielen „neo-ausländischen“ Namen auf den KandidatInnenlisten aller Parteien bezeugen diesen Schwenk. Andererseits fielen die Wahlen – vielleicht aus purem Zufall, wahrscheinlich aber nicht – zeitlich mit einer *Verschiebung* des Diskurses über MigrantInnen zusammen. Es handelt sich um eine neue Argumentationsschiene, die besagt, daß wir MigrantInnen *brauchen*, wenn wir unser wohlfahrtsstaatliches Pensionssystem erhalten wollen; denn der bereits mehrfach festgestellte Populationsrückgang rückt immer näher.

Solche utilitaristischen Argumente bevölkern eigentlich seit jeher die öffentlich-medialen Debatten über Migration; denken wir nur an das ökonomistische „Drecksarbeit“-Argument („Wir brauchen die Ausländer, sie machen für uns die Drecksarbeit“), an das biologische „Lendenkraft“-Argument („Die Ausländer können das Veraltern der

Gesellschaft stoppen, da sie mehr Kinder kriegen als wir“) oder an das kulturalistische „Bereicherungs“-Argument („Die Ausländer sind eine kulturelle Bereicherung für uns, siehe Döner-Sandwich und Volkstänze“). Insofern ist das „Pensionserhaltungs“-Argument kaum als neu zu bezeichnen. Es führt mehrere frühere Komponenten in einem großen Kuhhandel zusammen, der da lautet: „Gebe Drecksarbeit für pensionserhaltende Lendenkraft“.

Neu sind vielleicht das um sich greifende Überzeugungsvermögen und die frontenübergreifende Akzeptanz dieses Kuhhandels. Die Wirtschaft findet ihn nützlich, die politisch-beratende Migrationsforschung – im Chor mit den Medien und den Oppositionsparteien – „sachlich“, und viele „Pro-Ausländer“-AktivistInnen erliegen bereits seiner „realistischen“ Attraktivität, da sie offensichtlich glauben, daraus würde gleichsam eine gesellschaftliche Toleranz gegenüber den bereits hier lebenden MigrantInnen erwachsen. Neu ist auch, daß die Debatte über Migration, die in den letzten Jahren als „moralische Empörung versus populistische Xenophobie“ geführt bzw. wahrgenommen wurde, nun in eine „entpolarisierte“ Phase eintritt. Menschen, die als potentielle Gefahr resp. als kulturelle Bereicherung ins öffentliche Rampenlicht geschleppt wurden, sollen nun als „sachliche“ Zahlen dem Wohlfahrtsstaat aus der Patsche helfen und als Magna-Charitisten den – ob der Xenophobie polarisierten – sozialen Frieden wiederherstellen.

Aus vielen Gründen laufen meines Erachtens die politisch-liberalen Befürwor-

terInnen der Einwanderung Gefahr, mit der Annahme dieses neu-alten Argumentationsstrangs ihren sozialkritischen Kampf gegen rassistische Migrationspolitiken ein für allemal zu verlieren. Zunächst weil solchen bio-politischen Argumenten immer schon ein rassistischer Kern inneohnt. Die Pensionserhaltungs-Migration mündet früher oder später in ein selektives Ausspielen der Menschen aus „bestimmten Kulturen“ gegen andere, der Jüngeren gegen die Älteren, der Spitzen-Fachkräfte gegen die weniger Qualifizierten. Zweitens hat die Debatte über die Neuzuwanderung tatsächlich stets Auswirkungen auf die bereits in Österreich lebenden MigrantInnen. Die erwartete Toleranz gegenüber MigrantInnen kann aber bald umkippen, wenn diese Toleranz auf „Nützlichkeit“ beruhen soll: Auch hier würden Alteingewanderte auf einmal zu unerwünschten Personen, wenn von den „Neuen“ mehr Nützlichkeit zu erwarten wäre. Der FPÖ-Vorstoß mit dem Integrationsvertrag beruht daher nicht auf Zufall; Neuzuwanderung soll stillschweigend in ökonomisch nützliche Bahnen gelenkt werden – und somit Fremdenfeindlichkeit in „sachliche“.

Es ist an der Zeit, die Debatte über Neuzuwanderung von jener über die „Integration“ der Zugewanderten und ihrer Kinder zu *entkoppeln*. Keine Regulierung der Zuwanderung kann die Lebensbedingungen hier lebender Menschen rechtfertigen resp. verbessern. Und Kosten-Nutzen-Rechnungen geben weder in der einen noch in der anderen Debatte gute gesellschaftskritische Ansätze.

Hakan Gürses

impresum

STIMME von und für Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt des Vereins zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten). Medieninhaber und Verleger: Bürgerinitiative Demokratisch Leben, Klostersgasse 6, A-6020 Innsbruck; Herausgeber: Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten (Initiative Minderheiten), Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-12, e-mail: initiative.minderheiten@chello.at; Klostersgasse 6, 6020 Innsbruck, Tel. & Fax: 0512/586 783; Redaktion: Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien, Tel: 01/586 12 49-18, Fax: 586 82 17, e-mail: stimme@chello.at; Chefredakteur: Hakan Gürses; Redaktionelle Mitarbeit: Hikmet Kayahan (hk), Gerald K. Nitsche (gkn), Vladimir Wakounig, Franjo Schruiff, Ursula Hemetek, Michael Oertl, Cornelia Kogoj, Beate Eder-Jordan, Gabriele Müller-Klomfar (gmk), Isabelle Riedl (iri); Ständige AutorInnen: Erwin Riess, Dieter Schmutzer, Stefan Nicolini, Gabriele Hebenstreit, Katina Lair, Anita Konrad, Kahlauer, mh, M. Fürst; Fotoredaktion: Mehmet Emir; Zeichnungen: Hakan Gürses, Andreas Ohrenschild; Graphische Gestaltung: schultz+schultz-Mediengestaltung; Herstellung (Repro & Druck): Drava Verlags- u. Druckgesellschaft m.b.H., Tarviser Str. 16, A-9020 Klagenfurt/Celovec, Tel.: 0463/50 566; Verlags- und Erscheinungsort: Innsbruck; Verlagspostamt: 6020 Innsbruck. Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben. Aboverwaltung: Banu Marksteiner (Redaktionsadresse); Jahresabo (4 Hefte): öS 180,-; für Vereinsmitglieder kostenlos.

Impresum	2
Alles in schwarz-blauer Butter? von Erich Demmer	4
Initiative Minderheiten 1991-2001 von Ursula Hemetek	6
Ein Jahrzehnt mit Minderheiten von Michael Oertl	8
„Es geht letztlich um Menschenrechte“ Ein Roundtable-Gespräch	9
Kompetent, konsequent, utopisch Eine Umfrage	12
„Strukturbereinigung“ – Österreichische Immigrationspolitik der neunziger Jahre von Alev Korun	14
Das Jahrzehnt der Volksgruppen von Franjo Schruiff	16
Groll von Erwin Riess	18
Brief nach Istanbul von Gerald Kurdoğlu Nitsche	19
„Die Forderungen in einer Kampagne gebündelt“ Interview mit WWP	20
„Guten Morgen, Herr Architekt“ von Ingrid Hemetek	22
Gegen Mitleid und Fremdheit von Marinela Vecerik	23
Berichte	24
Das feiernde Theater von Isabelle Riedl	25
Kulturen und Künste	26
Tips	27
Kahlauers Tagebuch	31



Thema:

10 Jahre Initiative Minderheiten

Die Initiative Minderheiten feiert heuer ihren zehnten Geburtstag. Ein guter Anlaß, um sich mit dem politischen Klima in Österreich zu befassen, das im letzten Jahrzehnt Auswirkungen auf die Minderheiten hatte und auch zur Gründung der Initiative Minderheiten führte. Die 90er Jahre waren europaweit durch mediale, wissenschaftliche und politische Auseinandersetzungen mit den Fragen der Migration, des Asylwesens, der Benachteiligung sozialer, ethnischer oder religiöser Gruppen und des steigenden Rassismus gekennzeichnet. Diese Auseinandersetzungen, die im Rahmen der EU-Harmonisierung, -Erweiterung und -Grundrechtscharta auch in unserem Jahrzehnt fortgeführt werden, brachten vor allem in Österreich brisante Diskussionen, aber auch Initiativen, Organisationen und theoretische wie praxisbezogene Ansätze mit sich. Die

Initiative Minderheiten ist zweifelsohne ein Produkt dieser Zeit.

Die Beiträge von Michael Oertl, dem „Gründungsvater“ der Initiative, und Ursula Hemetek, Aktivistin der ersten Stunde und Obfrau des Vereins, legen ein Zeugnis von den Anfängen der zunächst für die Abhaltung eines „Minderheitenjahres“ in Österreich gegründeten Organisation ab. Alev Korun und Franjo Schruiff befassen sich rückblickend mit der Migrations- resp. Volksgruppenpolitik Österreichs des letzten Jahrzehnts. In einem Roundtable-Gespräch mit einigen MitarbeiterInnen und Vorstandsmitgliedern der Initiative Minderheiten wird die Arbeit der Organisation durchaus (selbst-)kritisch bewertet. Die Antworten auf eine von der STIMME durchgeführten Umfrage vermitteln ein Bild des Vereins in der Minderheiten- und Menschenrechts„szene“.

Anläßlich des Jubiläumsjahres wird die STIMME auch in den nächsten Num-

mern die Neunziger als das „Jahrzehnt der Minderheiten“ thematisieren.

Interview

Ein Gespräch mit zwei MitorganisatorInnen der Wiener Wahl Partie, die im Rahmen der vergangenen Wiener Gemeinderatswahl als eine Kampagne von der Initiative Minderheiten, echo, getoattack und ANAR ins Leben gerufen wurde.

Porträt

Unter dieser neuen Rubrik wird die aus Sofia/Bulgarien gebürtige und rollstuhlfahrende Journalistin Marinela Vecerik Menschen porträtieren, die mit einer „Mehrfach-Diskriminierung“ konfrontiert sind. Den Anfang macht sie mit der Lebensgeschichte einer türkischen Rollstuhlfahrerin, die seit zehn Jahren in Österreich lebt und sich für die Rechte der MigrantInnen engagiert.

ALLES IN SCHWARZ-BLAUER BUTTER? VON ERICH DEMMER

Hält der von der österreichischen Bundesverfassung vorgesehene späteste Termin für die nächste Nationalratswahl im Jahr 2003, so befinden wir uns derzeit ungefähr in der Halbzeit der Legislaturperiode. Zeit also für Rückblick, Ausblick und den Versuch einer Analyse.

Eines fällt auf: Die Regierung war auf ihre Installation weit besser vorbereitet, als ihre Anhänger und Gegner selbst glauben. Der Entschluß von ÖVP und FPÖ, es miteinander zu versuchen, war wohl längst vor der Wahl gefallen, man mußte nach dem Urnengang die Republik nur lange genug in den Schwitzkasten nehmen und alle anderen Optionen gezielt unmöglich machen, um das gewünschte Resultat dann als „Ausweg“ und „Wende“ präsentieren zu können.

Geholfen hat dabei wohl der Blick auf den politischen Kalender. An „Störfaktoren“ standen im ersten Jahr nur die landesweiten AK-Wahlen und die Landtagswahl in der Steiermark in Aussicht. Da man laut Ankündigungen den Arbeiterkammern ohnedies auf die Pelle rücken wollte, war hier ein Wahlsieg nicht nur unwahrscheinlich, sondern auch unwichtig. Und in der Steiermark würde die Frau Klasnic mit einem Gottesmutter- und Landesmutterwahlkampf wohl einen schönen Triumph in die Scheune fahren.

Daß die Landtagswahlen im Burgenland und in Wien um einige Monate vorgelegt werden könnten, wurde zwar öffentlich erregt beklagt, intern aber nicht ungern gesehen – danach würde für mehr als ein Jahr absolute Wahlruhe im Land herrschen, die Regierung würde die Bühne für sich allein haben, ein FPÖ-Abgeordneter sei dann Präsident des Bundesrates, Jörg Haider turnusgemäß Sprecher der Konferenz der Landeshauptleute. Also alles in schwarz-blauer Butter, und man könnte formulieren, wie der Titel eines von Seltsamkeiten strotzenden Buches von Andreas Khol lautet: „Die Wende ist geglückt“.

Zumindest im Moment aber sieht es so aus, als wäre der Buchtitel „Das Glück hat sich gewendet“ passender. Nur der Untertitel des Bandes des ÖVP-Klubobmannes stimmt noch: „Der schwarz-blaue Marsch durch die Wüste Gobi“: viele Kamele, Sandstürme, die der Regierung ins Gesicht peitschen, unregelmäßig auftauchende Fata Morgana, die rettende Oasen simulieren, Karawanenführer, die bestenfalls Karawankenführer sind, und warum der Österreich-Importeur der „Speed kills“-Formel auf dem Buchdeckel seine Schützlinge ausgerechnet als Halbschuhtouristen (wobei noch dazu ein blauer „Einbeiniger“ Kompaniemitglied zu sein scheint) durch die Wüste führen will, bleibt sein Geheimnis. Am Rande sei noch zu vermerken, daß der „Marsch“ vielleicht die Lieblingsmusik militärischer

Kleinhirne ist, aber wohl keine ideale Bewegungsart für Wüstendurchquerungen. Sei's drum.

Zumindest bis zur Steiermark-Wahl schien das Konzept aufzugehen, und als sich der Klasnic-Triumph abzeichnete, machte sich der Bundeskanzler flugs auf den Weg über den Wechsel, um beim Siegerbild im TV dabei zu sein. Die FPÖ hatte weniger zu lachen, und bald kam aus Kärnten dumpfes Donnerrollen. Als dann die von ÖVP und FPÖ vorverlegten Burgenland-Wahlen empfindlich in die Hosen gingen, beherrschte alsbald Nervosität die Regierungskoalition.

Zum Jahreswechsel ging man in die Offensive, wohl um bei den Wiener Wahlen halbwegs abzuschneiden. Die Vizekanzlerin und FPÖ-Vorsitzende versprach den Delegierten beim Neujahrstreffen den baldigen Kopf des Hauptverbandspräsidenten Sallmutter – wissend, daß derlei den humanistischen Kern ihrer Kader zentral anspricht. Daraus wollte man Optimismus für die von der SPÖ vorverlegten Wiener Wahlen schöpfen. Zwischendurch wurden auch noch andere Quellen des allgemeinen und speziellen Übels geortet und geoutet. Aber gebracht hat es nichts.

Spätestens seit der Burgenland-Wahl hat sich ein Charakterzug der Österreicher, der in der Zeit der Sanktionen der Koalition von großem Nutzen war, nun gegen die Regierung gewendet: der automatische Reflex, bei Einmischung von „oben“ oder „außen“ auf stur zu schalten. Da wird das Visier rasend heruntergelassen, Argumente werden gar nicht mehr auf etwaige Stichhaltigkeit geprüft. Entwicklungspsychologen sprechen dabei manchmal von kindlichen Trotzreaktionen.

Diese hat sich die Regierung am 25. März eingehandelt. Der Fehler der ÖVP war, daß sie ihren Wiener Spitzenkandidaten Görg als Kritiker der Wendekoalition scheel behandelte. Die FPÖ war ein einziger Fehler: ein von Affären umzogener Spitzenkandidat Kabas, der zur Unzeit von der gestrengen Justizmadame Partik-Pablé ersetzt wurde, die ihrerseits wieder von Jörg Haider plakmäßig überklebt wurde. Noch dazu von einem Haider, der seit seinem Angriff auf Ariel Muzicant vor einem biergroßenden und schenkelschlagenden Publikum auch von manchen nur pro forma akzeptierte Grenzen deutlich überschritten hatte. Zum Schluß glaubte Haider sogar, leibhaftig auf Wiener Märkten auftreten zu müssen, um das Schlimmste für die FPÖ zu verhindern.



Das Resultat waren eine absolute Mehrheit für die SPÖ und starke Stimmengewinne der Grünen. In feierlichen Montagsreden wurde dann gejubelt, das Ergebnis sei eine Absage an Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Schön wär's! Hauptsächlich war es eine Protestwahl gegen die Belastungspolitik der Bundesregierung, vermischt mit Ärger über die Haider-Einmischung in Wien.

So waren am Freitag vor der Wahl bei der freiheitlichen Abschlusskundgebung im fünften Wiener Bezirk, Margareten, nur ungefähr 200 Leute gekommen, und gut die Hälfte davon Gegendemonstranten. Auch die nur Neugierigen stimmten bald Sprechchören zu wie „Schleich dich, Gscherter!“, „Geh ham nach Kärnten!“ oder „Mach dich in Italien wichtig!“ Nun mußten die Regierungsparteien ernten, was sie an Anti-EU-Stänkereien während der „Sanktionen“ gesät hatten.

Auch das „Speed kills“-Programm von Andreas Khol zeigte seine Tücken (abgesehen davon, daß der aus den USA stammende Anti-Drogen-Satz von den Schwarz-Blauen empathisch ins Positive gewendet wurde – aber man sieht ja, welchen Blödsinn manche im Rausch begehen). Die Eile führte dazu, daß man keine Zeit mehr hatte, Gesetze ordentlich zu formulieren, Vorhaben mit Betroffenen wenn schon nicht zu erarbeiten, so wenigstens zu diskutieren und bei der Einstellung hochdotierter angeblich akademischer Helferlein sich ein Universitätszeugnis vorlegen zu lassen – da genügte schon die Herkunft aus der richtigen Familie oder das Parteibuch.

Nicht daß diese Pannen alle im Regierungslager sehr ärgern. Eine kleine Gruppe am Schwarzenbergplatz reibt sich bei jedem Regierungsfehler diskret die Hände. Denn jeder Regierungsfehler, jede Schweinerei führt zu einer weiteren Instabilisierung des politischen Systems und zu Politverdrossenheit bei der Bevölkerung. Wofür die Heimwehr in der Ersten Republik 1929 (erfolglos) geputscht hatte, läßt sich nun vielleicht auf leisen Sohlen erreichen, hofft die Industriellenvereinigung: Zurückdrängung des staatlichen Einflusses, Abbau von sozialen und anderen Rechten, Umschichtung der Geldmittel aus dem Sozial- und Bildungsbereich in Aufrüstung und Verstärkung des militärischen Apparates (für die entscheidenden Regierungsparteien fallen dann sicherlich einige Provisionsbrösel vom Milliardenkuchen ab).

Wie das durchgezogen wird, kann man bei der derzeit aktuellen Diskussion um den Kauf neuer Abfangjäger beobachten, und gehorsame Skribenten in den Medien schreiben dann die Regierungspropaganda eins zu eins nach. So stand in den heimischen Gazetten zu lesen, was für ein Riesen-Geschäft eigentlich der Kauf von Abfangjägern sei – mit den zugesicherten Gegengeschäften steige man mit großem Gewinn aus. Warum man aber dann das Budget nicht durch den Erwerb aller käuflichen Abfangjäger dieser Welt mit den angeblich sicheren Gegengeschäften saniert, ist in der Geschwindigkeit untergegangen. Speed kills!

Höchstens die eigenen Reihen begeistern Regierungsaktivitäten wie die Entfernung aller blaßroter Manager aus Stabsstellen der öffentlichen Wirtschaft,

wobei das Köpferollen meist mit Nachbesserungen aus dem Freundeskreis Prinzhorn: Ökonomie (abgek.: FPÖ) endet (was bereits einige ÖVP-Granden ärgert); die zwischen Verschleppung und Abwürfung angesiedelte Causa der Spitzelvorfälle; das Anziehen der Zügel im Medienbereich (Gefängnisdrohungen für Journalisten, Erhöhung der Portogebühren für Zeitungen, ORF-„Reform“ etc.); abgefeimt formulierte weitere Besteuerung der Unfallrentner; oktroyierte Verhaltensvereinbarungen für die Schulen etc.

Dazu kommen noch interne Reibereien. Die ÖVP mußte schon immer auf die Wünsche ihrer Bünde Rücksicht nehmen, die FPÖ muß nun den Spagat zwischen dem Kleinen-Mann-Flügel und dem Prinzhorn-Lager schaffen. Schon gibt es aggressive Profilierungsattacken zwischen den Regierungsparteien, die über den schlaun Plan, möglichst alle Positionen zu besetzen, um der Opposition das Wasser abzugraben, weit hinausgehen. Daß der FPÖ-Finanzminister die mehrheitlich schwarzen Landeshauptleute anrempelte, wird dort sicher nicht vergessen.

Überhaupt wird ab 2. Jänner 2002 die Wut auf die Regierung ins Grenzenlose steigen, wenn man beim Billa für die überreichte Schilling-Banknote finnische und portugiesische Centmünzen zurückbekommt, die auch phantasievoll gestaltete Hosenköpfe sein könnten – wobei man einmal die FPÖ in Schutz nehmen muß: Dafür kann sie nun wirklich nichts, da war sie immer dagegen.

Also eine gemähte Wiese für die Opposition? Noch nicht. Zwar taucht in Meinungsbefragungen erstmals seit 1983 im-

mer wieder eine Mehrheit gegen ÖVP und FPÖ auf. Der ÖVP-Schweizekanzler wird mehr Stellung nehmen müssen, ein Geschwafel am 15. Mai wird nicht mehr genügen (auch wenn Andreas Khol schon auf den ersten Seiten seines Buches Schlüssel mit Mozart vergleicht). Die FPÖ wird mit ihrem seltsamen Plan, am 24. Juli ein Massenthing ihrer Anhänger zu veranstalten (in der Weltpresse wird dann häufig das Wort vom Nürnberger Parteitag in Wien zu lesen sein), nicht neue Wählerschichten (etwa mit FPÖ-Abgeordneten Patrick Ortlieb zusammengewesene Frauen) erschließen können. Und was am Reißbrett als Pluspunkt erschien: ein Jahr unbehelligt von Wahlen, präsentiert sich nun so: ein Jahr dicker Wahlverlierer. Daß bei der nächsten Landtagswahl in Niederösterreich der schwarze Pröll pfleglich mit der FPÖ umgehen wird, ist wohl nicht zu erwarten.

Aber auch die Opposition sitzt nicht fest im Sattel. Die SPÖ laboriert nach wie vor an Finanzproblemen, zugewachsenen Karrieristen im Mittelbau der Partei und an einem noch nicht existierenden interessanten personellen Angebot für alten und neue Wählerschichten. Mit der Installation von Josef Cap als Klubobmann hat man schon zwei mögliche Mandate an die Grünen weitergegeben: jene 83.000 Wähler, die 1983 für ihn stimmten (minus Verstorbene und Ausgewanderte). Doch auch die Grünen sollten sich nicht auf den momentan günstigen Meinungsdaten ausruhen – ein bißchen Tierschutzaktivismus ist zu wenig in Zeiten eines globalisierten Winchester-Kapitalismus. Die nächste Nationalratswahl könnte spannend werden.



INITIATIVE MINDERHEITEN 1991-2001

WANDEL UND DEUTUNG

VON URSULA HEMETEK

Die Anfänge

Anno 1991 wurde ein Verein gegründet, der sich *Initiative Minderheitenjahr* nannte. Er hatte sich zum Ziel gesetzt, Minderheiten als einem Teil der österreichischen Gesellschaft zu mehr Akzeptanz zu verhelfen. Das Minderheitenjahr sollte ein Mittel dazu sein im Sinne von positiver Öffentlichkeitsarbeit, aber auch als Artikulationsplattform der Betroffenen selbst. Ich war an der Gründung beteiligt, gemeinsam mit einigen anderen. Sehr viele waren wir damals noch nicht, und wir haben auch nicht vorausgesehen, wie sich dieses Pflänzchen entwickeln würde. Michael Örtl hatte 1988, im „Bedenkjahr“, begonnen, Gleichgesinnte zu suchen, die die Idee der Ausrichtung eines „österreichischen Minderheitenjahres“ mittragen und vorantreiben würden. Er hatte zunächst nur an ethnische Minderheiten, im besonderen an Volksgruppen gedacht. Die Beschränkung auf diese wurde unterschiedlich nahegelegt. Volksgruppen sind eine relativ klar zu definierende Gruppe, eine auch vom Gesetz her ausgewiesene Größe mit organisatorischer Infrastruktur, mit VertreterInnen als AnsprechpartnerInnen für eine Kooperation. Aber unter den damaligen Gleichgesinnten, den AktivistInnen der ersten Stunde, waren einige, die sich entweder keiner Volksgruppe zugehörig fühlten, das auch gar nicht konnten, weil sie „Ausländer“ waren, oder sich überhaupt nicht aufgrund ihrer ethnischen Herkunft definierten, sondern vielmehr aufgrund anderer Merkmale diskriminiert fühlten. Es war z. B. ein Ilie Zagorac oder

ein Ilija Jovanović, der eine „Tschuschen-seelsorger“ aus Bosnien, der andere Rom aus dem ehemaligen Jugoslawien; oder Hans Peter Schatz von der HOSI Innsbruck. Die Diskussionsbeiträge dieser AktivistInnen waren es, die letztlich den Grundstein legten für jenen weiten Minderheitenbegriff, den wir für unsere zukünftige Arbeit wählten:

„Eine Minderheit sind Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen, sozialen oder religiösen Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung Diskriminierung erfahren. Diskriminierung ist politisch als Ausschluß von bestimmten Rechten zu sehen, sozial als die Erfahrung von Vorurteilen und Ausgrenzungen. Dazu gehören in Österreich unter anderem die gesetzlich anerkannten Volksgruppen ebenso wie die MigrantInnen und Flüchtlinge, Lesben und Schwule, Menschen mit Behinderung.“

Mit diesem Minderheitenbegriff standen wir nun vollkommen allein in Österreich politischer Vereinslandschaft. Andererseits waren aber die Kooperationsmöglichkeiten durch den breiten Ansatz weit gesteckt. Daß wir eine Plattform sein wollten und keine Vertreterorganisation, kristallisierte sich sehr bald heraus, und demzufolge war die Kooperation mit verschiedensten Minderheitenorganisationen von Anfang an ein Grundprinzip der politischen und kulturellen Arbeit.

Der Wandel

Der Minderheitenbegriff war in diesen zehn Jahren zwar Gegenstand intensi-

ver Diskussionsprozesse, letztlich hat er sich aber als tragfähig erwiesen. Was als neuer Denkansatz in der NGO-Szene begonnen hatte, wurde relativ bald von innenpolitischen Ereignissen bestätigt. Die „Ausländer“ waren bereits ab 1990 Gegenstand der öffentlichen Diskurse; der Ton wurde zunehmend rauher. Zugewanderte und Flüchtlinge wurden zum Spielball der Innenpolitik. Es wurden immer restriktivere Gesetze erlassen. Die Polemik besonders einer politischen Partei erregte die Gemüter beider Seiten (eine gewisse Polarisierung war bereits damals eingetreten) und gipfelte im „Ausländervolksbegehren“, das andererseits durch den Zusammenschluß der „Gutmenschen“ im Lichtermeer am 23. Jänner 1993 bekämpft wurde. Im Dezember 1993 kamen die ersten Briefbomben. Die Welle des Terrors gegen alles, was „anders“ war, die Übergriffe gegen Behinderte und Homosexuelle waren ein deutliches Signal von rechts und fanden ihren grausigen Höhepunkt im Attentat von Oberwart am 4. Februar 1995. Für unsere Initiative hatte diese Entwicklung Konsequenzen. Das Minderheitenjahr stand bevor, und es setzte eine intensive Diskussion darüber ein, wozu es dienen sollte, wie auch über unsere politischen Ziele. Es vollzog sich ein Wandel. Es war nicht mehr nur notwendig, Vorurteile abzubauen, die Mehrheit durch Weitergabe von Information den Minderheiten gegenüber positiv zu stimmen, Diskurse zu eröffnen, PolitikerInnen zu sensibilisieren und eindrucksvolle Kulturveranstaltungen zu organisieren. Das alles ist wichtig und wurde und wird auch weiterhin als ein Standbein der Initiative gesehen, aber das Bewußtsein, sich wehren zu müssen, wurde auch immer stärker.

Dieses Bewußtsein kristallisierte sich im Begriff der „minoritären Allianz“. Die „Tagung der Minderheiten“ (Dezember

1994) bildete den „Höhepunkt der Bemühungen, den teilweise hergestellten Dialog zwischen Minderheitengruppen in eine kontinuierliche Solidarität und in konkrete Bündnisformen umzuwandeln. Diese Veranstaltung war eine Begegnung, ein gegenseitiges Kennenlernen der Interessen und Forderungen, vor allem aber ein Blick über die eigenen kommunitären Mauern – über Mauern, die zugleich schützen und vernichten. Isolation heißt Geborgenheit, aber auch Begrenzung des eigenen Lebens- und Spielraums“ (Hakan Gürses, STIMME 13/1994: 2).

Die Veranstaltung verlief erfolgreich, und viele Ideen wurden geboren. Manche wurden wieder vergessen oder nicht umgesetzt, eine aber, damals noch als Utopie formuliert, scheint jetzt Realität zu werden: das Antidiskriminierungsgesetz (siehe STIMME 37/IV 2000). Miteinander daran gearbeitet haben tatsächlich verschiedene Minderheitengruppierungen, und letztlich ist dies eine Auswirkung oder auch ein Ausdruck der „minoritären Allianz“.

Die Entwicklung der Ziele der *Initiative Minderheiten* geht von einem anfänglichen – noch relativ diffusen – Einfordern der Akzeptanz der Vielfalt hin zum klaren Ziel der Schaffung einer „minderheitengerechten Gesellschaft, in der individuelle Lebensentwürfe unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderung als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind“ (Leitlinien der *Initiative Minderheiten* 2000).

Die Deutung

Ich kann die Rolle der *Initiative Minderheiten* nur aus der Innensicht heraus interpretieren und Schlüsse aus den persönlichen Erfahrungen der letzten Jahre ziehen.

Innerhalb der „Szene“ erfüllt die *Initiative Minderheiten* verschiedene Funktionen:

- Als Partnerin für verschiedenste gemeinsame Projekte, weil wir uns als verlässlich und kompetent erwiesen haben.

- Als Katalysatorin in verschiedensten Gremien, in denen es darum geht, Allianzen der verschiedenen Minderheitengruppen herzustellen und Betroffene zu Wort kommen zu lassen.
- Als Kompetenzzentrum, da in der *Initiative Minderheiten* aufgrund der weitgeküpften Kooperationsnetze sehr viel an Information zusammenläuft.
- Als politisch unabhängige Organisation, die sich ihren Zielen, nicht aber einer politischen Partei verpflichtet fühlt.
- Als Ideengeberin/Initiatorin und Trägerin für verschiedenste innovative Projekte, sei es im Bildungs-, Medien- oder Kulturbereich.

In der Öffentlichkeit ist der Bekanntheitsgrad der *Initiative Minderheiten* relativ gering. Wir sind nicht das „minderheitliche Gewissen der Nation“, das sich immer öffentlich zu Wort meldet, wann immer etwas anfällt. Es ist Gegenstand anhaltender interner Diskussionen, ob das nicht wünschenswert wäre. Der Plattformcharakter und der weite Minderheitenbegriff erschweren einen medialen Aktionismus. Oft tritt die *Initiative Minderheiten* in die zweite Reihe zurück, wenn es um mediale Kampagnen geht, denn es ist das Ziel, den Betroffenen selbst eine Plattform zu bieten. Sie vertreten sich selbst und werden nicht durch die *Initiative Minderheiten* vertreten. Außerdem liegt es wohl auch daran, daß der politische Aktionismus nicht unbedingt unsere Sache ist.

Aus dem Gesagten folgt auch, daß wir im Umgang mit der politischen Macht zwar immer klar Stellung bezogen haben, aber selten der erste Ansprechpartner sind. Natürlich tritt die *Initiative Minderheiten* kompromißlos gegen Rassismus und Ausgrenzung auf. Wir haben immer wieder Position bezogen, nach den Briefbomben 1993, nach dem Attentat von Oberwart 1995, im Menschenrechtsjahr 1998, beim „Überfremdungswahlkampf“ 1999 und anlässlich der Regierungsbeteiligung der FPÖ, bis hin zum Wiener Wahlkampf 2001 in der *Wiener Wahl Partie*. Unsere Generalsekretärin Corne-

lia Kogoj sitzt in allen wichtigen NGO-Gremien, die mit unseren Themen zu tun haben. Wir haben durch unsere Ideen so manche/n PolitikerIn zum Nachdenken gebracht und sind manchen ein Dorn im Auge. Trotzdem wird nicht mit uns die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln verhandelt, ebensowenig das „Integrationspaket“, und auch die drei Weisen haben sich nicht an die *Initiative Minderheiten* gewandt (die wandten sich allerdings auch an niemand anderen der Betroffenen). Inwieweit dies nur an der *Initiative Minderheiten* liegt oder inwieweit NGOs überhaupt nicht ernst genommen werden, ist zu diskutieren. Allerdings wird es einer der Knackpunkte für die nächste Dekade sein, ob es der *Initiative Minderheiten* genügt, Katalysator, Kompetenzzentrum, Kulturvermittlerin, Innovations- und Informationsbörse und verlässliche Partnerin zu sein.

Ich glaube selbstverständlich, daß die *Initiative Minderheiten* durch die bisherige Tätigkeit wichtige Funktionen erfüllt hat. Die Entwicklung war spannend und zeigt, daß dynamische Prozesse möglich sind. Wir sind konsequent unseren Weg gegangen, pragmatisch auf der einen Seite, visionär auf der anderen, und wir haben uns verändert. Es ist durchaus möglich, daß wir in Zukunft anstreben werden, selbst die politischen Themen verstärkt vorzugeben.

Die *Initiative Minderheiten* ist in diesen ersten zehn Jahren gewissermaßen zu einer Institution im Minderheitenbereich geworden. Angesichts der politischen Situation in diesem Land ist allerdings ein zufriedenes Zurücklehnen nicht angebracht. Wir sind leider nicht überflüssig geworden, denn vom Ziel einer „minderheitengerechten Gesellschaft“ sind wir weit entfernt.



Pressekonferenz nach den Morden in Oberwart; mit T. Stoitsits, A. Heller, L. Rothstein (1995) / Internationale Tagung „Minderheiten und Menschenrechte“; M. Nowak, S. Kreisler, L. Jordanopoulos (1998)



Internationale Tagung „Minderheiten und Menschenrechte“; G. Tolar, H. Kletzander, W. Schuppich, U. Hemetek (1998) Pressekonferenz mit prominenten Gästen zum „Minderheitenjahr 1994“ (1993)

EIN JAHRZEHT MIT MINDERHEITEN VON MICHAEL OERTL

Es bedarf einiger Anstrengung, sich aus dem Getriebe des März 2001 zu lösen und im Geiste die Zeit von 1988 zu besuchen. Ein gewisser Michael hatte sich in den Kopf gesetzt – wie viele –, die Welt in seinem Sinne anzustoßen. Genug hatte er diskutiert und vor sich hingeträumt. Die Frage der Minderheiten, damals waren es für ihn die ansässigen Volksgruppen, ging ihm nah. Es war ihm klar, daß er Gleichgesinnte ansprechen mußte, um etwas bewegen zu können. Die Schaffung eines „Jahres der Minderheiten in Österreich“ schien ein geeigneter Aufhänger zu sein.

So schlüpfte ich jetzt in die Haut dieses M. und klappere in meiner Freizeit Adressen ab, die mir von früheren Umtriebigkeiten her bekannt sind, um die Meinung zum Minderheitenjahr auszuloten. Finde stets mehr Zuspruch als Skepsis, werde weiter verwiesen, finde Goldstücke am Weg. Menschen wie Uschi Hemetek zum Beispiel, die mit ihrer Beharrlichkeit die entstehende Gruppe mehr als einmal aufrichten sollte. Allmählich wird eine Welle daraus, auf deren Krone ich reite. Ein erhebendes Gefühl, wem gefällt das nicht? Ich tauche ein in die Welten und Diskussionsrunden von Homosexuellen, Juden, Ausländern, Flüchtlingen und erweitere meinen – unseren! – Minderheitenbegriff beträchtlich. Daß er sich halten kann und nicht an der Heterogenität der angesprochenen Gruppen zerschellt, verdanken wir der Weisheit einiger ihrer RepräsentantInnen: Adolf Papai (†), Rudolf Sarközi, Wolfgang Gombocz, Marjan Sturm zum Beispiel. Das bewahrheitet sich bei der ersten offenen Versammlung der „IMJ – Initiative Minderheitjahre“ im Herbst 1990 am Bisamberg – ein Stein fällt mir vom Herzen, als die etwa 30 InteressentIn-

nen einen gemeinsamen Nenner gefunden, den Entwurf der „Grundsatzklärung“ gutgeheißen haben. Ich juble im stillen. Nun ist es an der Zeit, der Gruppe ein offizielles „Gesicht“ zu geben. Das geschieht im Frühjahr 1991 mit der Vereinsgründung, wieder am Bisamberg im Magdalenenhof – ein denkwürdiges Ambiente ... Weiter 1991: Stöße der ersten Nummer von *STIMME von und für Minderheiten* sind in einem Büro in Innsbruck aufgestapelt, bereit für den Versand. Das erscheint mir wie ein Wunder (an dem Gerhard Hetfleisch, der erste Chefredakteur, nächtelang gewerkt und gewirkt und dem das Kulturamt der Stadt Wien den weltlichen Treibstoff verabreicht hatte). Im Herbst 1991 kommt es zur ersten offiziellen Vorstellung des Minderheitenjahrprojekts in Wien in Form einer Kulturveranstaltung im Parlament, „dirigiert“ von Multitalent Gerald Nitsche. Medien berichten. Unterstützende Organisationen werden gewonnen. Fein.

Wenn ich am Anfang der Suche nach der Minderheitenbewegung die Hinweise auf Büros ins Reich der Träume verbannt habe, so kommt es jetzt Schlag auf Schlag: Gelder aus öffentlichen Töpfen (Wien und Tirol), Räumlichkeiten, Anfänge von bezahlten MitarbeiterInnen: 1991 in Wien (Marlies Krainz), 1992 in Innsbruck (Sabine Pitscheider). Das Glück ist mit uns. Wer oder was kann das Minderheitenjahr stoppen?

1992 verfehlen wir das angepeilte Ziel, die österreichische Bundesregierung zur offiziellen Ausrufung des Minderheitenjahres 1993 zu bewegen. Dar-

aufhin beschließen wir, d. h. der Vorstand der IMJ, die Verschiebung des Termins auf 1994 – auf mein Betreiben, was wahrscheinlich ein strategischer Fehler war. Aber die Konsequenzen sind tiefgehender.

Mein Anliegen war es gewesen, mittels des Minderheitenjahres die „guten Seiten Österreichs“ zu bündeln und dadurch zu verstärken. Das Anklagen, das Anprangern von Mißständen sind meine Sache nicht. Daß die Bundesregierung in Person von Kanzler Vranitzky vor dieser Partnerschaft zurückschreckte, hat die IMJ zwangsläufig in eine Richtung der zivilen Opposition (heute würden wir sagen: Widerstand) geführt, die ich nicht mehr gut verkörpern konnte. Ich übergab die Leitung der IMJ an Ursula Hemetek. Das war 1995. Aus der IMJ war die IM – die *Initiative Minderheiten* geworden.

Meine eigene Tätigkeit mit und für Minderheiten konzentrierte sich nunmehr auf mein näheres Lebensumfeld Tirol. Das ist eine eigene Geschichte, die ich vielleicht an anderer Stelle ausbreiten darf.

Ich bin also von dem Surfbrett, das mich auf der Welle hielt, herab gestiegen und lebe seither wieder auf der Erde ... Dabei habe ich bemerkt, daß sich noch ein weiterer Traum nicht erfüllt hat. Ich hatte mir die IM als ein Sammelbecken von lokalen Gruppen vorgestellt, die mit ähnlichen Zielen auf ähnliche Weise an Menschen und ihre Probleme herangehen, als „Tausend Blumen“, die sich schneeballartig verbreiten und bisweilen auch wieder vergehen. In der Realität ist die IM zu einer fähigen Organisation geworden, deren Tätigkeit sich vor allem aus den Büros heraus abspielt und die wunderbare Projekte macht. Das ist gut. Aber vielleicht ist beides möglich. Ich gebe den Schneeballtraum nicht auf.

P.S.: Ich habe in diesen Zeilen Gelegenheit gefunden, einige Weggefährten und -gefährtinnen namentlich zu erwähnen. Viele weitere konnte ich nicht nennen. Ich hoffe, sie alle nehmen meinen pauschalen Dank an! Drei Personen möchte ich noch besonders danken, die nicht mehr leben und von denen mir jeder auf seine Weise geholfen hat: Theodor Veiter, Anton Andorfer, Vinko Pašalić.

„ES GEHT LETZTLICH UM MENSCHENRECHTE“

Ein Roundtable-Gespräch mit MitarbeiterInnen der *Initiative Minderheiten* über die Minderheitenpolitik des letzten Jahrzehnts und die Rolle der eigenen Organisation.

STIMME: Versuchen wir einen Rückblick auf die Minderheitenpolitik der 90er Jahre in Österreich.

Wakounig: Es ist leichter, damit zu beginnen, was gerade passiert. Bezüglich der offiziellen Situation ist eine sehr deutliche Zweiteilung im Gange: hier die sozialen Minderheiten, dort die ethnischen Minderheiten. Die sozialen Minderheiten, Behinderte oder Schwule und Lesben, haben genaugenommen keine politische Lobby – im Gegensatz zu den ethnischen Minderheiten: Da zeigt sich die Regierung bemüht, in erster Linie gegenüber dem Ausland, eine gute Minderheitenpolitik zu machen. Es hat mich sehr überrascht, daß diese Bundesregierung die Forderung nach Staatszielbestimmung mehr oder weniger erfüllt hat, was unter der rot-schwarzen Regierung nicht möglich war. Interessant auch, daß im Bereich Volksgruppen trotz allgemeiner Budgetkürzungen nicht gekürzt wird. Die Konsequenz dieser Politik ist eine enorme Vereinnahmung, so daß die Minderheitenvertreter wie verstaatlichte Minderheitenpolitiker reagieren. Sie stehen vollkommen paralysiert und ohne Selbstbewußtsein da und orientieren sich gar nicht so sehr an der Situation und den Bedürfnissen der Minderheiten, sondern versuchen, so weit wie möglich dem entgegengzukommen, was im Dienste der Bundesregierung steht.

Und wie war das vor zehn Jahren?

Wakounig: Vor zehn Jahren haben sich die ethnischen Minderheiten im Zuge der Öffnung der „Ostgrenze“ zunächst einmal neu definieren müssen, beispielsweise die Kärntner Slowenen gegenüber dem neuen Staat Slowenien. Man wollte nicht unbedingt das fünfte Rad am Wagen sein, sondern eine eigene Politik machen. Auch das Verhältnis der Volksgruppenvertreter zur Regierung war früher ein distanzierteres. Mittlerweile ist es ein Verhältnis, das in erster Linie auf einer Du-Freundschaft basiert.

Jovanović: Wir haben uns allein durchsetzen müssen, und man versucht nun offiziell, den Roma ein bißchen entgegenzukommen, ihnen zu helfen, zumindest hat man es versprochen. Aber in Wirklichkeit geht man nicht darauf ein, was die Roma wirklich brauchen, um sich schneller zu integrieren. Jahrhunderte lang waren sie isoliert von Schule, Kirche, Zivilisation, und heute leben sie am Rande der Gesellschaft. Manche Leute setzen sich an die Spitze der Roma und führen sie so, wie es der Regierung paßt, und das ist ein sehr

großes Problem. Wir haben z. B. im *Romano Centro* Nachmittagsbetreuung für die Kinder eingerichtet, wir sollen plötzlich gebildete Menschen werden; um das aber in so kurzer Zeit zustande zu bringen, wäre es aus meiner Sicht notwendig, daß der Staat mehr Unterstützung gibt, daß etwa mindestens fünfmal in der Woche diese Nachmittagsbetreuung stattfinden muß, damit die Kinder in den Schulen besser werden können. Ich forderte, daß diese Nachmittagsbetreuung zweisprachig, in Deutsch und Romanes, gestaltet werden sollte. Das wurde immer wieder mit der Begründung abgelehnt, daß es nicht genügend Geld gibt. Langsam geht unsere Sprache verloren, von der Geschichte der Roma haben die Kinder keine Ahnung; sie schämen sich, Roma zu sein. *Romano Centro* macht auch eine Zeitung, die sehr gut ist und die wir sicher brauchen; aber diese Zeitung lesen die Roma überhaupt nicht. Was machen wir mit einer Zeitung bei einem Rom, der nicht lesen und schreiben kann. Oder wenn die Zeitung in einem Dialekt gemacht wird, der nicht von allen verstanden wird.

Riess: Die Minderheitenpolitik der letzten zehn Jahre würde ich folgendermaßen definieren: Der Staat gibt dort nach, wo es nichts oder wenig kostet. Viele verhärmte Minderheitenfunktionäre sind darüber bereits so glücklich, daß sie sich weiterreichende Forderungen gar nicht mehr vorzustellen wagen. An der Oberfläche gibt's hin und wieder geschäftiges Gekräusel; tieferliegende Macht- und Diskriminierungsstrukturen sind aber davon nicht erfaßt. Von einem Anti-Diskriminierungsgesetz, das diesen Namen verdient, sind wir weiter entfernt denn je. Der vorliegende Entwurf des Boltzmann-Instituts für Menschenrechte ist sowohl zahlos – lächerliche Sanktionsbestimmungen – als auch unpraktikabel.

Wie sieht die Lage aus der Sicht der MigrantInnen-Organisationen aus?

Ongan: Wenn ich auf die letzten zehn Jahre zurückblicke, habe ich den Eindruck, daß die jetzige MigrantInnenpolitik, falls es eine geben sollte, darin besteht, die MigrantInnen nicht mehr herein zu lassen – und das betrifft nicht nur die Neuzuwanderung, sondern auch die Familienzusammenführung. Das zweite Problem betrifft den Zugang zum Arbeitsmarkt bei Menschen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nachreisen: Sie dürfen die ersten fünf Jahre ihres Aufenthalts nicht arbeiten. Das be-

deutet für sie – und es sind vor allem Frauen – absolute Abhängigkeit von der Ehe; im Falle einer Scheidung können sie abgeschoben werden – denn: ohne Lebensunterhaltssicherung kein Visum. In diesem Zusammenhang ist es für mich total absurd, daß die Mehrheitsbevölkerung laufend von den orientalischen Männern redet, die ihre Frauen in Abhängigkeit bringen und unterdrücken – und das gleichzeitig durch das Gesetz legitimiert bzw. aufgezwungen wird. Außerdem: Die Staatsbürgerschaft wird vor zehn Jahren Aufenthalt überhaupt nicht und dann auch unter sehr schwierigen Bedingungen verliehen, und das Ganze kostet sehr viel Geld. Die Regelung hat sich auf diese sogenannte „Integration vor Neuzugang“ konzentriert; die RegierungspolitikerInnen machen viel Werbung damit – ich sehe da nicht viel, außer einigen Sprachkursen, die sowieso von der Gemeinde Wien finanziert werden. Und da schließe ich mich dem Migrationsforscher August Gächter an, der sagt: Integration bedeutet sozialen Aufstieg, und wenn es keine Neuzuwanderung gibt, dann gibt es auch keinen sozialen Aufstieg für die früher zugewanderten Menschen. Was sich bei den MigrantInnen vielleicht verändert hat, vor allem seit der Bildung der schwarz-blauen Regierung, ist, daß sie sich gegen die Stellvertreterpolitik von NGOs, Beratungsstellen etc. wehren und versuchen, für sich selbst zu sprechen.

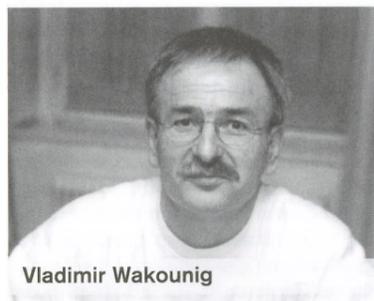
Valchars: Es gibt keine einheitliche Minderheitenpolitik des Staates. Das beste Beispiel dafür sind wieder die Volksgruppen, die auf der einen Seite eine Staatszielbestimmung bekommen, was sicher nicht viel mehr als ein symbolischer Akt ist. Auf der anderen Seite sind Forderungen, die den zweisprachigen Unterricht etc. betreffen, immer noch nicht erfüllt; es gibt auch Versuche, manche Errungenschaften zurückzunehmen, Slowenisch als zweite Amtssprache z. B., wo jetzt Jörg Haider über mobile Beamte nachdenkt. Oder was die Schwulen und Lesben betrifft: Da hat sich in den zehn Jahren doch gesellschaftlich einiges getan, aber gesetzlich, politisch, rechtlich hat sich da auch nicht viel geändert, etwa die Forderung nach der Abschaffung des § 209. Es kann in Österreich jemandem der Führerschein abgenommen werden, weil er homosexuell ist. Auch bezüglich der MigrantInnen: Beispielsweise darüber nachzudenken, ob es heute noch haltbar ist, von der Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für politische Rechte auszugehen, ist nach wie vor ein Tabu in Österreich.



„Bruji“ bei der Buchpräsentation in der Nationalbibliothek (1998)
Der IM-Vorstand auf Besuch bei den Roma-Familien in Oberwart (1995)

Was für eine Rolle spielen die NGOs in der Minderheitenpolitik?

Wakounig: NGO als negativ definierter Begriff – nicht-staatlich, Nicht-Regierungsorganisation –, macht den autochthonen Minderheiten, oder zumindest ihren politischen Vertretern, große Schwierigkeiten. Sie wollen nicht in Verurteilung kommen, „außerparlamentarisch“ zu stehen; sie wären dann gegen jene Politiker, von denen sie ja finanziell abhängen. Und innerhalb der NGOs werden Themen abgehandelt, die nicht nur ethnisch definiert sind: Rassismus, Sexismus, sonstige Formen der Demokratiefeindlichkeit usw. Das sind Themen, die die Volksgruppen von sich weisen. Der Versuch war, zumindest vor Jahren, autochthone und zugewanderte Gruppen auf einer Ebene zu sehen, da es letztlich um Menschenrechte geht. Die autochthonen Minderheiten machen hier nicht mit. Auch die Hervorhebung nicht-staatlicher Organisationen ist ja wiederum von den europäischen Institutionen gekommen, wie etwa vom Europarat.

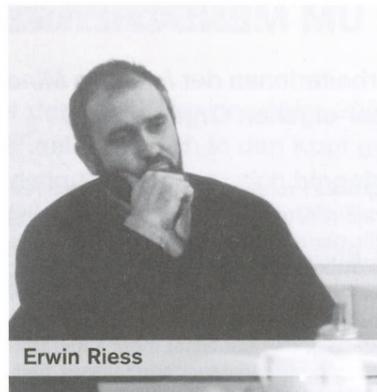


Vladimir Wakounig

Ongan: Für *Peregrina* haben wir uns gesagt: Solange wir individuelle Probleme ändern, aber gesellschaftlich nichts verändern können, agieren wir ja systemerhaltend. Die österreichische Demokratie erlaubt uns, die schwierigen Situationen, die durch die Politik entstanden sind – die Situationen entstehen ja nicht von selbst –, daß etwa Menschen von Abschiebung bedroht sind, wieder auszubessern. Dann haben wir eben gesagt: Gut, wir machen diese Arbeit nach wie vor, aber wir treten auch politisch auf; und wenn es dann Konsequenzen für uns geben sollte, Subventionskürzungen, ja dann wissen wir, woran wir sind. Aber nur das eine zu machen war für uns als MitarbeiterInnen dieser Organisation einfach unbefriedigend.

Der außerparlamentarische politische Bereich scheint in Österreich noch sehr rudimentär zu sein.

Riess: Da in Österreich weder die parlamentarische noch die außerparlamentarische Arbeit funktionieren, weil erstere in Form der Grünen als Teddybärpolitik und letztere sich in Vereinsmeierei, Gschafthubertum und Wichtigtuerei erschöpft, weiß ich keine Lösung. Wahrscheinlich wär's kein Verlust, würden



Erwin Riess

beide nicht mehr existieren. Im Bereich der Behindertenpolitik könnte ich das im Detail argumentieren. Da weiß man nicht, was trauriger ist: die Politik der traditionellen Verbände oder die Behindertenpolitik der Grünen, der SPÖ und anderer oppositioneller Gruppen. Das gilt auch für die NGOs, die immer mehr als Jugendstube für ehrgeizige BeamtInnen und PolitikerInnen fungieren. Wollt ihr Beispiele? Jeder/jede, der oder die nach ehrlichem Nachdenken nicht mindestens fünf Namen nennen kann, kriegt von mir eine Flasche Zweigelt vom Weingut Fegerl in Retz.

Kogoj: Es ist sehr wichtig, daß es eine starke Zivilgesellschaft gibt, die auch eine Kontrollfunktion gegenüber dem Staat einnimmt, und daß Minderheitenpolitik über diese Zivilgesellschaft funktioniert. Gleichzeitig gibt es die Entwicklung, daß MigrantInnen in einzelnen Parteien kandidieren, womit sie versuchen, von innen Strukturen aufzubrechen. Natürlich wird das sehr schwierig werden und sehr langwierig, ich sehe es aber als sehr positiv. Zielführend wäre es allerdings, wenn diese MigrantInnen auch andere Themen besetzen und nicht nur für die MigrantInnenpolitik zuständig sind.

Wakounig: Wenn jemand, der unter dem Etikett „Minderheitenvertreter“ ins Parlament gewählt wurde, glaubt, er sei der offizielle Vertreter der gesamten Gruppe, macht er auch die außerparlamentarische oder zivilgesellschaftliche Initiative kaputt. Neben außerparlamentarisch oder parlamentarisch gibt es eine dritte Ebene: jene Abgeordneten – und das war meine Beobachtung bei dem Slowenenvertreter Karel Smolle –, die sich faktisch als Teil oder als Mitglied der Regierung verstehen, ohne an der Regierung zu sein. Das Parlament hat eine Kontrollfunktion für die Regierung, und ganz schlimm ist es, wenn ein Parlamentarier sich als Teil der Regierung versteht und diese Kontrollfunktion nicht ausübt.

Wollen wir nun zur Initiative Minderheiten (IM) übergehen und über den von der IM geprägten Minderheitenbegriff reden?

Kogoj: Ich könnte mir heute nicht mehr vorstellen, für eine Organisation zu arbeiten, die nicht diesen Minderheitenbegriff hätte; sicherlich deshalb nicht mehr, weil ich nicht stellvertretend für eine bestimmte Minderheit Politik machen möchte. Die IM macht eben nicht nur Politik für die einzelnen Gruppen, sondern es geht eben – was Mirko [V. Wakounig] vorhin gesagt hat – um Menschenrechte, es geht um Antidiskriminierung. Um eine breite Politik machen zu können, brauchen wir diesen breiten Begriff. Unter der Voraussetzung natürlich, daß es in den einzelnen Bereichen Selbstvertretungsorganisationen von Minderheiten gibt.

Ongan: Ich finde es sehr wichtig, daß in den Leitlinien der IM auch ausdrücklich festgelegt worden ist, daß die Minderheitengruppen sehr wohl unterschiedliche Ansprüche und Bedürfnisse haben. Das ergänzt den breiten Minderheitenbegriff.

Wakounig: Für mich ist dieser Begriff deshalb so interessant, weil er zunächst einmal den traditionellen Minderheitenbegriff zerstört. So können selbst einzelne Minderheiten aufgrund dieses Begriffs daraufkommen, daß sie innerhalb ihrer Gruppe manchmal eine menschenwürdige Politik betreiben.

Valchars: Man darf aber nie vergessen, diesen Begriff immer wieder zu prüfen und auszuweiten, wenn etwa neue Gruppen entstanden sind, die *bewußt* in diesen begrifflichen Rahmen aufgenommen werden sollen, auch wenn sie laut Definition „automatisch“ hineingehören. Wenn die IM beispielsweise nur die sechs Volksgruppen als „ethnische Minderheiten“ definiert und etwa die nicht anerkannten Polen vergißt, macht sie ihren Minderheitenbegriff von der staatlichen Politik abhängig.

Welche Rolle hat die Initiative Minderheiten in der Minderheitenpolitik dieser letzten zehn Jahre gespielt?

Kogoj: Vor allem im Vernetzungsbereich nimmt die IM eine Vermittlerrolle ein. Sie ist eine Organisation, die *good practice*-Modelle entwickelt, wie Projekte im Schulbereich. Gleichzeitig finde ich es wichtig, daß die IM das Standbein „politische Lobbyarbeit“ hat, mit dem Entwurf



Cornelia Kogoj

zum Antidiskriminierungsgesetz oder in der *Wiener Wahl Partie*. Was ich auch notwendig und gut finde, ist, daß der Vorstand der IM hauptsächlich aus Minderheitenangehörigen selbst besteht; die IM hat schon sehr früh die Notwendigkeit dessen erkannt, daß nicht wie bei vielen NGOs – überspitzt formuliert – „weiße Männer“ und ein paar Frauen die Organisationspolitik machen, sondern die Politik von den Minderheitenangehörigen selbst gestaltet wird.

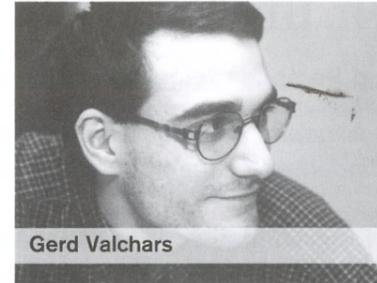
Wakounig: Diese Rolle der IM, keine Stellvertreterin einer Gruppe zu sein, hat eine positive und eine negative Seite. Das Positive ist, daß sie nicht von irgendeiner politischen Struktur vereinnahmt werden kann. Sie muß keine Gesetze aushandeln, sie muß sich auf keinen Kuhhandel einlassen usw. Sie kann die Minderheitenpolitik aus einer kritischen Distanz betrachten; kann aber aufgrund dieser kritischen Distanz auch Sachen initiieren, anleiern, zusammenbringen, Soli-



Gamze Ongan

darität einverlangen, Projekte machen, die einer Gruppe zugute kommen usw. Der Nachteil, das Negative, ist, daß man oft hört: „Ihr könnt leicht herumkritisieren, weil ihr niemandem gegenüber verantwortlich seid.“ Diese fehlende repräsentative Verantwortung birgt die Gefahr der Auflösung in sich. Die Frage ist daher, was die IM zusammenhält. Wahrscheinlich bedarf es mehr Engagement oder wesentlich mehr Anstrengungen, um eine solche Initiative zusammenzuhalten, als es bei einer Organisation mit Vertretungsanspruch der Fall ist.

Ilija Jovanović, Schriftsteller und Dichter, Vorstandsmitglied von *Romano Centro* und der *Initiative Minderheiten*
Cornelia Kogoj, Kommunikationswissenschaftlerin, seit 1998 Generalsekretärin der *Initiative Minderheiten*
Gamze Ongan, Theaterwissenschaftlerin, seit zehn Jahren Obfrau und Mitarbeiterin von *Peregrina*, Beratungsstelle für ausländische Frauen, Vorstandsmit-



Gerd Valchars

Riess: Die Rolle der IM in den letzten Jahren würde ich als Plattform, als Begegnungs- und Reflexionsort bezeichnen, der die unterschiedlichen Zugänge der einzelnen Minderheiten vereinheitlicht und idealerweise zu Politik bündelt. Insgesamt erscheint mir die Politik der IM aber als zu „vornehm“. Manchmal bewirken klare Worte mehr als verständnisvolles Relativieren von Unzumutbarem. Aber das ist nicht einfach, wenn man fast ausschließlich von den Subventionen jener lebt, die anzugreifen das tägliche Brot ist. Die IM sollte daher danach trachten, mehr finanzielle Autonomie zu erlangen, um politisch nicht geknebelt werden zu können.

Welches Bild von der Initiative Minderheiten herrscht in der Öffentlichkeit? Welches in der „Minderheitenszene“?

Kogoj: Ich glaube, daß sich letztendlich eine gute Arbeit, wo es nicht nur um schnelle Öffentlichkeitsarbeit geht, viel mehr auszahlt. Wir führen grundlegende Diskussionen, fundierte theoretische Auseinandersetzungen. Natürlich erreicht man damit nicht die große Öffentlichkeit. Ich kann mir aber vorstellen, daß die IM mit ihren geplanten Projekten in den nächsten Jahren sehr wohl eine breite Mehrheit ansprechen wird. In der „Szene“ ist unsere Arbeit sehr wohl präsent. Die Glaubwürdigkeit innerhalb des eigenen Bereiches kann eine breitere Öffentlichkeit ergeben.

Wakounig: Ich kann dem nur zustimmen. Wir haben keine Wahl zu schlagen, auch keine zu gewinnen. Es ist wesentlich, daß die IM kritischer analysiert, sich Zeit nimmt für bestimmte Stellungnahmen. Das sind gewisse Privilegien, die sich andere Organisationen nicht leisten, weil sie tagtäglich irgend etwas von sich geben müssen. Was die IM in den letzten

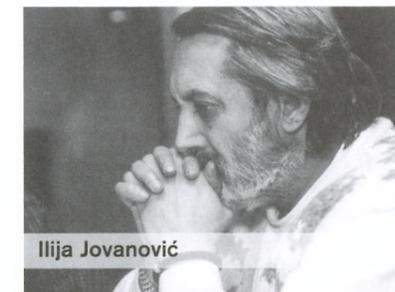
zehn Jahren geschafft hat, hat vermutlich kaum eine NGO geschafft, nämlich durch ein ständiges Engagement ein anderes Minderheitenbewußtsein herbeizuführen.

Valchars: Die Frage, was es uns bringt, wenn wir medial präsent sind, finde ich dennoch wichtig. Die andere Frage ist, ob sich die IM vielleicht etwas zu schlecht „verkauft“ – daß eben viel gemacht wird und das Ganze medial verloren geht.

Riess: Die IM nehme ich als Versammlung angenehmer Zeitgenossen wahr. Mit nicht wenigen bin ich mittlerweile befreundet. Was mir in der politischen Sphäre als betulich und umständlich erscheint, ist im persönlichen Umgang konträr. Die Atmosphäre im Vorstand ist – seit Jahren – von gegenseitiger Wertschätzung, Anteilnahme und Höflichkeit geprägt. Die Art, in der die Angehörigen der verschiedenen Minderheiten im Vorstand miteinander umgehen, ist als solches bereits ein gelungenes Experiment. Fazit: Auch wenn politisch wenig Feuer vorhanden ist, hab' ich doch einige wertvolle und großartige Menschen kennengelernt, und sie sind Teil meines Lebens geworden, so wie ich Teil des ihrigen wurde. Darüber freue ich mich sehr.

Jovanović: Ich bin ziemlich betroffen, wenn ich erfahre, daß absichtlich eine Spaltung zwischen den Minderheiten herbeigeführt wird. Daß ich nur der Vertreter für die Roma bin und die anderen Minderheiten mich nicht interessieren würden. Wir haben fast alle dasselbe Problem. Wir sollen schauen, wie wir zusammenarbeiten können und trotz verschiedener Linien gemeinsame Meinungen finden und uns austauschen können.

Moderation: **Hakan Gürses**



Ilija Jovanović

schaft und Publizistik; seit drei Jahren Koordinator von „Radio Stimme“, der Sendung der *Initiative Minderheiten* auf Orange 94,0

Vladimir Wakounig, unterrichtet am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Klagenfurt, politischer Sekretär des *Zentralverbands slowenischer Organisationen* in Kärnten und Vorstandsmitglied der *Initiative Minderheiten*

KOMPETENT, KONSEQUENT, UTOPISCH

Wir haben mehr als 20 Organisationen und Personen folgende Fragen gestellt:

1. Wie würden Sie die Arbeit der *Initiative Minderheiten* charakterisieren?
2. Welchen Beitrag konnte die *Initiative Minderheiten* aus Ihrer Sicht zur Minderheitenpolitik in Österreich einbringen?
3. Was würden Sie an der Arbeit und der Programmatik der *Initiative Minderheiten* hervorheben?
4. Was würden Sie der *Initiative Minderheiten* für das nächste Jahrzehnt „mit auf den Weg geben“?

Wir geben hier die eingelangten Antworten leicht gekürzt wieder.

Kurt Krickler, HOSI Wien

1. Konstant, kontinuierlich, konsequent, minderheitenübergreifend, bewußtseinsbildend, emanzipatorisch, progressiv.
2. Aus der Sicht der HOSI Wien ist es ein großes Verdienst der IM, verschiedene Minderheiten besser miteinander bekanntgemacht zu haben. Dadurch wurde sicherlich auch das Verständnis füreinander gefördert. Die IM ist zweifellos auch ein wichtiger Knoten bei der Vernetzung von NGOs in Österreich, und zwar in vielen Bereichen, etwa bei der Ausarbeitung des Entwurfs für ein Antidiskriminierungsgesetz. Und die STIMME ist ein wirklich spannendes Medium, in dem entsprechende Themen aufgegriffen und diskutiert werden.
3. Also Kritik ist so eine Sache bei Anliegen, Projekten und Initiativen, die mit beschränkten Ressourcen auskommen müssen. Sicherlich könnte der IM ein stärkeres Medienprofil nicht schaden, mehr öffentliche Präsenz usw. Aber sie hat sich in diesen zehn Jahren auch so als wichtige Institution etabliert, die abseits des grellen Scheinwerferlichts der Massenmedien und deren oberflächlichen und ephemeren Wahrnehmung wichtige Arbeit leistet. Das Hauptverdienst bleibt aber die Existenz dieser Plattform und Relaisstation für die einzelnen Minderheiten, die Kommunikation über die Zeitschrift und die gebotenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit, sei es bei Veranstaltungen, bei Buchpublikationen u. ä.
4. Am liebsten ausreichende Ressourcen, um viele unterschiedliche Dinge verwirklichen zu können: Veranstaltungen, Fortbildungen, eine schlagkräftige Interessenvertretung zu werden etc. Und klarerweise noch mehr Beachtung ihrer Arbeit durch die Mainstream-Politik und die breite Öffentlichkeit.

Bernhard Schneider, ARCHE

1. Ausgehend von einem breitgefächerten Minderheitenbegriff setzt sich die IM für die Ratifizierung und Installierung von Rechten ein, die letztlich auf die Aufhebung von Diskriminierungen von Minderheiten und deren Angehörigen abzielen, sowie für eine dementsprechende Wahrnehmung von Minderheiten in der Öffentlichkeit/Gesellschaft. Zur Umsetzung

dieser Inhalte und Ziele positioniert sich IM als auf diese Themen spezialisierte und kompetente Organisation.

2. Wenn in der Präambel zur Regierungserklärung 2000 Inhalte beschworen wurden, die schon 1955 im Staatsvertrag unterzeichnet worden sind, ist wohl klar, daß ein wesentlicher Beitrag der IM und vergleichbarer Organisationen heute darin besteht, Errungenschaften für Minderheiten zu verteidigen, Positionen durch stetige Präsenz zu halten. Nach meiner Einschätzung wird die IM als „Stimme“ in der einschlägigen Diskussion zumindest gehört und ist daher sicher ein Faktor, der auch für PolitikerInnen und die Gestaltung von Minderheitenpolitik eine ernstzunehmende Rolle spielt.
3. Seit ich IM vor ca. sechs Jahren kennengelernt habe, hat sie sich sukzessive von einer eher von Persönlichkeiten getragenen Initiative zu einer als Organisation wahrgenommenen Einrichtung entwickelt. In unserer Gesellschaft muß das als großer Fortschritt gewertet werden, weil damit auch Akzeptanz und (verdiente) Kompetenzzuschreibung steigen, Inhalte besser vermittelt werden können. Das Periodikum und öffentliche Kommentare zu relevanten Ereignissen/Themen halte ich in diesem Zusammenhang für ganz wichtig.
4. Weiterhin und noch mehr präsent sein, Stimme sein, Positionen markieren, sich nicht frustrieren lassen, offen bleiben, mehr Kooperationen und vernetzte Aktivitäten. Es ist wichtig, daß es Euch gibt und weiterhin geben wird.

Romano Centro

Was wir zunehmend schätzen, ist eure Zeitung, sie wird immer besser und interessanter. Wahrscheinlich ist die *Initiative Minderheiten* für Minderheiten, die selbst nicht so organisiert sind, am allerwichtigsten. Was uns betrifft, so werden wir (Roma) sehr ungern als „Minderheit“ bezeichnet und gleichsam mit anderen in einen Topf geworfen. Es leiden oder profitieren aber natürlich alle gemeinsam unter bzw. von der Politik. Wie sehr die *Initiative Minderheiten* die Politik beeinflussen konnte, können wir nicht beurteilen. Für die Zukunft sind wir

aber jedenfalls über alle Initiativen glücklich, die helfen, die Stellung der Minderheiten in unserem Lande zu verbessern und wünschen euch alles Gute und viel Erfolg.

Wolfgang Gombocz, Philosoph und Minderheitenaktivist

1. Soweit mir wahrnehmbar, (sehr oft sehr!) kompetente und wirkungsvolle Arbeit für „klassische“ (ethnische, religiöse) und besonders auch für „neue Minderheiten“ – und das alles als „praktische“ Menschenrechtskulturarbeit gegen alle Arten von Verstümmelungen. Dazu insbesondere auch auf der Informationsschiene in Österreich führend. Vereinsarbeit und Zeitung STIMME sind mit „sehr gut“ zu rubrizieren. Stichworte: engagiert, kompetent und reflektierend, breit, (manchmal zu) urban, eine gewisse Tendenz zu Unfairneß gegenüber „konservativen“ Minderheitenvertretern bzw. -programmen!
2. Sehr großen Anteil an der (immer noch sehr bescheidenen) Förderung der Roma in Österreich. Auch sonst gelegentlich bemerkenswerte Erfolge bezüglich autochthoner Volksgruppen, besonders aber in bezug auf die „städtischen“ Minderheiten unterschiedlichster „Spezies“! Hier sind eben auch einzelne Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter besonders als „Menschenrechtsarbeiter“ wahrnehmbar: Dr. Hemetek, Dr. Oertl, Dr. Gürses z. B.
3. Plus: großes Engagement mit gut reflektierter Programmatik dahinter; immer (immer öfter!) allgemeinverständlich in den Aktionen und anspruchsvoll in den Druckprodukten. Minus (wenn überhaupt): eine (wie mir manchmal scheint) gewisse Unfairneß gegenüber „konservativen“ oder „rechten“ (rechts der Mitte stehenden) Volksgruppenvertretern bzw. ihren Organisationen oder Anliegen, z. B. Volksgruppenmandat.
4. Wenn ich es hätte, ein (zusätzliches, wohlgehemmt!) Jahresbudget von öS 3.000.000,- per annum und noch eine Dr. Hemetek und noch einen Dr. Oertl und noch einen Hakan Gürses ... Und ein noch wärmer schlagendes Herz für die Roma und für die Slowenen in der Steiermark. Und: Energie und zunehmende Erfolge! Initiative (Vokativ!), ver-

gißt nicht auf die neueste und wachsende österreichische Minderheit der Armen und Hungernden, der Schwachen und Ausgesperrten!

Andreas Görg, Österreichisches Netzwerk gegen Rassismus (ANAR)

1. Als politische Gruppe etwas zu konziliant, zu wenig politisch bissig, zu sehr auf Koalitionen von Minderheiten bedacht, zu großkoalitionär im Kleinen. Der Anspruch, aus den Minderheiten ein politisches Subjekt zu formen, zu einer Allianz der Minderheiten zu gelangen, setzt m. E. etwas zu viele Hoffnungen auf die politische Form der Minderheit, hinter der die unterschiedlichen Inhalte und Marginalisierungsformen etwas zurückfallen. Minderheit ist nicht gleich Minderheit. Die Fundamentalität der Unterschiede hat sich nicht zuletzt beim gescheiterten Versuch gezeigt, ein allgemeines Antidiskriminierungsgesetz zu formulieren, mit dem sich alle begreiflich umfaßten Gruppen identifizieren können.
2. Sie konnte Verbindungen zwischen den Minderheiten herstellen, die m. E. insbesondere den politisch bewußten Personen in den jeweiligen Gruppen den Rücken stärken. Es ist ein Netzwerk der kritischen Köpfe über die verschiedenen Minderheiten hinweg entstanden.
3. Zur Programmatik siehe oben. Kritisch: Es ist ein Skandal, daß die IM kein rollstuhlfahrbares Büro hat. Würdigend: Die IM ist durch ihre ehrenwerte und allseits geschätzte Geschäftsführerin (*Cornelia Kogoj, Anm. der Red.*) wirklich an allen entscheidenden Punkten insbesondere der antirassistischen Szene gut vertreten.
4. Weiter so. Eure Arbeit ist wichtig. Politisch bissigere Organisationen können darauf aufbauen.

Franz-Joseph Huanigg, Medienexperte und Aktivist der Behindertenbewegung

1. Interessensvertretung, Anlaufstelle für Probleme, Information und Beratung, Projektträger
2. Vernetzung der vielen unterschiedlichen Meinungen, Positionen und tätigen Menschen.
3. Ich finde die Aktivitäten der *Initiative Minderheiten* sehr gut, besonders auch die STIMME.
4. Den bisherigen Weg weitermarschieren.

Helmut Peissl, Radio AGORA

Charakterisieren würde ich eure Arbeit als Brücke zu und vor allem auch zwischen den Minderheiten, um in diesem Sinne eine „Öffnung des Geistes“ zu provozieren. (Ich meine das überhaupt nicht abgehoben oder pathetisch!) Der wichtigste Beitrag für mich ist, daß ihr helft, die Abgrenzungen, die ja auch

zwischen Minderheitengruppen bestehen, zu durchlöchern.

Themenschwerpunkte zu setzen und sie aus den verschiedenen Minderheitenperspektiven zu betrachten, ist sicher ein guter Weg.

Wichtig wäre sicher, in der nächsten Zeit die Unterscheidung und Trennung zwischen Sprachminderheiten aus dem Bereich autochthoner Volksgruppen und den neuen ImmigrantInnensprachminderheiten in Frage zu stellen bzw. aufzuheben. Auf europäischer Ebene läuft die Diskussion dazu ja schon recht heftig. In der jetzigen politischen Situation wäre das ein sehr wichtiges Thema in Österreich, auch wenn es vermutlich eben einigen Minderheitenvertretern nicht gelegen ist.

Wünsche hätte ich natürlich auch an euch. Nachdem sich die Freien Radios als neue Gruppe im Medienbereich fast durchgehend auch als Sprachrohr für Minderheiten im erweiterten Sinn verstehen (und das ja auch praktizieren), fände ich eine stärkere Zusammenarbeit sinnvoll und würde mir auch den einen oder anderen Bericht in der STIMME wünschen. Habe nach wie vor den Eindruck, daß ihr da sehr stark vom ORF eingenommen seid.

Wünschen würde ich mir für euch, daß im Laufe des nächsten Jahrzehnts die Auflage so wächst, daß jeder Kärntner Haushalt in Zukunft statt der Hetzschrift „Der Kärntner“ (vorm. „Ruf der Heimat“) des Kärntner Heimatdienstes die STIMME zugeschickt bekommt.

Rupert Helm, Südwind-Buchwelt

1. Pluralistisch im Sinne von Zuständigkeit für verschiedenste Formen von Minderheitsein und engagiert.
2. Kann ich nicht einschätzen.
3. Pluralistisch im Sinne von Zuständigkeit für verschiedenste Formen von Minderheitsein und engagiert. Verlässlich und genau in der Zusammenarbeit. Die Zeitung in der Gestaltung zu „hausbacken“, inhaltlich fast immer gut bis sehr gut.
4. Laßt euch nicht von einer Partei einkochen und macht weiter!

Şenol Akkılıç, Jugendarbeiter und Grüner Kommunalpolitiker

- 1a) Die Diskussionsbeiträge geben in erster Linie einen Pfad, was sich in der Minderheitenpolitik in Österreich abspielt, daher sehr aktuell und informativ.

Roundtable zum „Menschenrechtsjahr 1998“ im Parlament (1997)
Buchpräsentation im Wiener Rathaus (1993)



b) Die historischen und wissenschaftlichen Beiträge sind Grundlage dafür, daß darauf aufgebaut werden kann.

c) Vor allem die Zeitschrift ist zu Recht parteilich, d. h. auf der Seite der Benachteiligten, und systemkritisch.

d) Abgesehen von Hakan (Gürses) und zeitweise Hikmet (Kayahan), sind MigrantInnen in die Diskussionen nicht stark eingebunden. Was ist mit den MigrantInnen-StudentInnen?

2a) Sie ist zumindest eine Stimme der Minderheiten geworden und hat sicherlich auch die Diskussion rund um Migration beeinflusst, zuletzt durch die Veröffentlichung des Entwurfs zum Antidiskriminierungsgesetz.

b) Sie ist eine Schnittstelle für die sogenannten Autochthonen und neuen Minderheiten.

c) Durch die aktive Beteiligung an sämtlichen Aktionen zeigt ihr, wie ernst ihr es mit euren Anliegen meint. Unverzichtbarer Bestandteil eurer Arbeit.

d) Sie ist auch eine Schnittstelle für alle diskriminierten Gruppen, sowohl ethnische als auch sexuelle.

3) Wenn ich ehrlich bin, kenne ich das Programm der *Initiative Minderheiten* zu wenig, bitte sendet mir eines zu.

4) Eine grundlegendere Auseinandersetzung mit der österreichischen Politik, aber speziell mit der der Sozialdemokratie, genauer ihre Rolle bei der Assimilation der alten Minderheiten, wie Tschechen usw.

Zuletzt möchte ich drei Personen hervorheben, Hakan (Gürses), Conny (Kogoj) und Franjo (Schruiff).

Bernhard Perchinig, Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

1. Engagiert, sehr binnenorientiert, idealistisch.
2. Diskussion quer über die verschiedenen Minderheiten-Themen. Das ist auch ihre Schwäche: Sie vertritt keine Interessen, ist daher utopisch – sieht Interessenskonflikte nicht.
3. Minderheitenübergreifend, innovativ, aber auch recht weit weg von den Minderheitenorganisationen, die tatsächlich „players“ sind.
4. Mehr Realismus, stärkere Anbindung in den EU-Bereich.

„STRUKTURBEREINIGUNG“ – ÖSTERREICHISCHE IMMIGRATIONS- UND „INTEGRATIONSPOLITIK“ DER NEUNZIGER JAHRE VON ALEV KORUN

Was hat sich in Österreich in den letzten zehn Jahren im Bereich der Politik für oder gegen ImmigrantInnen verändert? Wie und in welche Richtung verwandelten sich die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, die auch zur Gründung der *Initiative Minderheiten* geführt hatten, für zugewanderte Menschen und deren Nachkommen?

Vor allem der Beginn der 90er Jahre war – nach einer seit den 60ern andauernden „Gastarbeiterpolitik“, die bewußt nicht auf Integration, sondern auf Rotation der Arbeitskräfte setzte – von der Feststellung steigender Zuwandererzahlen geprägt. Zwischen 1988 und 1991 war die Zahl der ausländischen Beschäftigten in Österreich um mehr als 110.000 angestiegen, was nur teilweise auf den Wegfall von Mobilitätshindernissen in osteuropäischen Ländern zurückzuführen war. Dabei hatte die österreichische Wirtschaft auf die gute Konjunkturlage mit einer größeren Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften reagiert und hauptsächlich auf die beiden „klassischen“ Gruppen der ArbeitsmigrantInnen (aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei) zurückgegriffen.

Restriktive Gesetzesnovellen

Die steigenden Zuwanderer- und Asylwerberzahlen seit Ende der 80er Jahre wurden seitens der Regierung trotzdem auf den Wegfall des „Eisernen Vorhangs“ zurückgeführt und als Zeichen einer „neuen Völkerwanderung“ interpretiert. Diese Interpretation führte ab 1990 zu einer Reihe von restriktiven Gesetzesnovellen im Aufenthalts-, Asyl- sowie Ausländerbeschäftigungsrecht.

1990 wurden beispielsweise im Ausländerbeschäftigungsgesetz landes- und bundesweite *Höchstzahlen* für die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften eingeführt. Damit sollte die Aus-

länderbeschäftigung noch stärker als bisher an die jeweilige Konjunkturlage angepaßt und je nach Bedarf an Arbeitskräften ausgeweitet oder gedrosselt werden können, so die Hoffnung der Regierung.

Am 1. Juni 1992 trat ein neues *Asylgesetz* in Kraft. Offizielle Argumente dafür waren die Beschleunigung des Asylverfahrens und Verhinderung des „Asylmißbrauchs“. Neben ein paar Verbesserungen (wie z. B. der Möglichkeit, den Asylantrag „formlos in jeder geeigneten erscheinenden Weise“ zu stellen, „sofern daraus der Wunsch erkennbar ist, in Österreich Asyl oder Schutz vor Verfolgung zu erhalten“) führte es gravierende Einschränkungen des Asylrechts ein. Zur Beschleunigung der Asylverfahren trug z. B. wesentlich § 17 Abs. 3 bei, wonach ein Asylantrag als offensichtlich unbegründet ohne weiteres Ermittlungsverfahren abzuweisen war, wenn „die Identität des Asylwerbers und insbesondere seine Staatsangehörigkeit ... nicht glaubhaft festgestellt werden kann“, was ca. 50 % der AsylwerberInnen betraf. Die Einreise und der Aufenthalt wurden einem Flüchtling nur mehr erlaubt, wenn er „direkt aus dem Staat kommt, in dem er behauptete, Verfolgung befürchten zu müssen“, oder wenn er eine solche in dem Staat zu befürchten hatte, in den er zurückgeschoben werden sollte. Somit wurden „Kettenabschiebungen“, an deren Ende der Verfolgerstaat stand, mit einem Schlag legalisiert.

Das Gesetz hatte dann auch wie erwartet extreme Auswirkungen auf die Zahl der Asylanträge, die gestellt werden konnten. Während man 1991 noch 27.306 Asylanträge gezählt hatte, sank diese Zahl im Jahre 1992 auf 16.238: Nach Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes (2. Halbjahr 1992) betrug die Antragszahl nur mehr 4.380, im Vergleich zu den 11.858 Asylanträgen, die noch im 1. Halbjahr 1992, also vor dem neuen Asylgesetz, gestellt worden waren. Abgesehen von der Anerkennungsrate, belegt diese eklatante Drosselung des Zugangs zu Asyl, daß viele Verfolgte faktisch an der Einreise nach Österreich gehindert wurden bzw. an dem Gesetz und der Vollzugspraxis scheiterten.

Wahlkampfthema „Ausländer“

Es fällt nicht zufällig auch in diese Zeit, daß die FPÖ „die Ausländer“ als permanentes Wahlkampfthema entdeckte. Die bis dahin von der SPÖ-ÖVP-Koalition betriebene Anti-Integrationspolitik machte es besonders leicht und einfach, die gesellschaftlich und vor allem wirtschaftlich an den Rand der Gesellschaft gedrängten – und über Generationen dort gehaltenen – Eingewanderte als Sündenböcke zu benennen. Mit Anti-Integrationspolitik ist die bewußte Strategie gemeint, ausländische Arbeitskräfte als Verschubmasse am Arbeitsmarkt zu behandeln, sie zu Zeiten der Hochkonjunktur anzuwerben, um sie bei Rezession wieder zu entlassen und durch Nicht-Verlängerung der Arbeitsbewilligungen und Verhängung von Ausweisungen und Aufenthaltsverboten zur Aus-

reise zu zwingen. Das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das bis heute den Stempel dieser Politik trägt, sorgt(e) dabei für kurzzeitige Arbeitsbewilligungen, für sowohl sektorielle als auch geographische Immobilität der ImmigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt, was eine Verweigerung beruflicher und sozialer Integration bedeutet(e).

1993 hielt die FPÖ ein *Anti-Ausländer-Volksbegehren*, mit dem sie in zwölf Punkten für noch mehr Ausgrenzung und Entrechtung der ImmigrantInnen eintrat. §1 des Volksbegehrens sah eine verfassungsrechtliche Bestimmung vor, daß Österreich kein Einwanderungsland sei. Damals wie heute ist dieser Versuch der Vogel-Strauß-Politik als populistische und wahlpropagandistische Realitätsverweigerung zu deuten. Weitere Forderungen waren u. a. die gesetzliche Normierung eines Zuwanderungsstopps, Einführung einer generellen Ausweisungspflicht für ausländische ArbeitnehmerInnen, Begrenzung des Anteils von SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache in Pflicht- und Berufsschulklassen auf höchstens 30 Prozent oder Eindämmung der Praxis vorzeitiger Staatsbürgerschaftsverleihungen. Viele dieser Forderungen sollten in den nächsten Monaten und Jahren von der SPÖ-ÖVP-Regierung umgesetzt werden.

Wenige Monate darauf trat z. B. das bis dahin restriktivste „Ausländergesetz“ in Österreich, das *Aufenthaltsgesetz*, mit 1.7.1993 in Kraft. Es führte nicht nur die Quotierung der Zuwanderung nach Österreich ein, sondern in ihm bekannte sich die Regierung auch unumwunden zu einer „Strukturbereinigung zur Lösung des Gastarbeiterproblems“ (Regierungsvorlage zum Aufenthaltsgesetz 1992).

Geleitet von der Vorstellung, daß sich Einwanderung durch restriktive Gesetze steuern und einschränken lasse, wurde das „Ausländerregime“ reformiert. Der Visaantrag mußte von nun an vor der Einreise im Ausland gestellt und es mußte bis zur Erteilung eines Quotenplatzes ebendort gewartet werden. Wer sein Visum verlängern wollte, mußte dies spätestens vier Wochen vor dessen Ablauf beantragen, sonst war er auf einmal „illegal“ in Österreich, mußte das Land verlassen und im Ausland einen „Neuzuwandererantrag“ stellen. Nicht nur Familienzusammen-

führung wurde quotiert, sogar in Österreich geborene Kinder ausländischer Eltern mußten über einen Quotenplatz aus der „Neuzuwandererquote“ verfügen, um ein Visum zu erhalten. Das Gesetz sah auch eine neue Kategorie des „ausländischen Zeitarbeiters“, nämlich des Saisoniers vor, der nur bis zu sechs Monaten einer Beschäftigung nachgehen durfte und danach Österreich wieder verlassen mußte.

Die Wende in der „Ausländerpolitik“

Das Aufenthaltsgesetz stellt somit einen Wendepunkt in der österreichischen „Ausländerpolitik“ dar: einerseits wurden Tausende seit Jahren und Jahrzehnten hier lebende Menschen „illegalisiert“, verloren Visum und/oder Arbeit, andererseits wurde die legale Einwanderung massiv gedrosselt. Die Selektionsabsichten betreffend alte und potentielle Einwanderer wurden durchaus offen ausgesprochen: „Grundsätzlich muß klar sein, daß sich das Aufenthaltsrecht in Österreich nicht primär an den Bedürfnissen der Niederlassungswilligen orientiert, sondern nach den Bedürfnissen der österreichischen Gesellschaft auszurichten hat. ... Nur auf dieser Grundlage gelangen sie [die AusländerInnen] dorthin, wo sie auch tatsächlich gebraucht und gewollt werden und daher eine entsprechende Zukunft haben“ (Allgemeiner Teil der Erläuterungen zur Regierungsvorlage, 525 Blg Nr 18. GP).

Nach 1993 wurde auch die Verleihung der österreichischen *Staatsbürgerschaft* immer restriktiver gehandhabt. Das sozialdemokratisch regierte Wien, das bis dahin das liberalste Bundesland hinsichtlich der Einbürgerungen war, zog ab 1993 immer mehr die Bremse an, um – wie von der FPÖ gefordert – immer weniger Einbürgerungen vor Ablauf der vom Staatsbürgerschaftsgesetz vorgesehenen zehn Jahre zuzulassen.

Ende 1994 machte der damalige Sozialminister Hesoun, jahrelanger Bauholz-Gewerkschafter, von seiner Verordnungsmächtigung Gebrauch und senkte die „*Bundeshöchstzahl*“ zur

Beschäftigung von AusländerInnen von neun auf acht Prozent. Da der Anteil der ausländischen Beschäftigten an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten damals mehr als neun Prozent betrug, machte er Tausende AusländerInnen über Nacht zu „überschüssigen“ ArbeitnehmerInnen. Der Zwang zur „Strukturbereinigung“ war auch entsprechend groß, was zum Verlust von Tausenden Arbeitsbewilligungen führte.

Nach zwei Anläufen für ein „Integrationspaket“, die beide an innerkoalitionären Uneinigkeiten scheiterten, wurden das Aufenthalts- und das Asylgesetz mit Gültigkeit vom 1. 1. 1998 wieder einmal reformiert. Das neue *Fremdengesetz* behielt das Prinzip der quotierten Zuwanderung bei, führte aber zum ersten Mal in der österreichischen Rechtsgeschichte eine schrittweise Aufenthaltsverfestigung und einen Rechtsanspruch auf die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung ein. Auch wenn die Aufenthaltsverfestigung faktisch erst nach acht bzw. zehn Jahren Aufenthalt greift, stellt dieser Schritt ein Abrücken von der jahrzehntelangen „Gastarbeiterpolitik“ dar. Mit der stufenweisen Gewährung einer Aufenthaltssicherheit akzeptiert Österreich nach fast 40 Jahren Immigration die Tatsache, daß die meisten Zugewanderten dieses Land zu ihrem Lebensmittelpunkt gemacht haben und auch hier bleiben werden.

Was den Arbeitsmarktzugang betrifft, wird diese Erkenntnis allerdings noch immer weitgehend negiert. Dort gibt es noch immer acht Jahre Arbeitsverbot für Familienangehörige, die Anrechnung von in Österreich aufgewachsenen Jugendlichen auf die „Ausländerhöchstzahl“ und als längstmögliche Arbeitsbewilligung eine auf fünf Jahre befristete. Fazit: Rechtliche und soziale Gleichstellung tun in Österreich not, und ohne sie muß das Wort Integration eine leere Worthülse bleiben.

Alev Korun ist Politologin und Vorstandsmitglied der Initiative Minderheiten.



„Minderheitentramway“ (1994) / Anne-Frank-Ausstellung in Wien; gemeinsam mit ARCHE organisiert (1996)



„Tagung der Minderheiten“ mit E. Buse als Gast (1994) / Buchpräsentation in der Nationalbibliothek (1999)

DAS JAHRZEHT DER VOLKSGRUPPEN VON FRANJO SCHRUIFF

In keinem anderen Arbeitsfeld der *Initiative Minderheiten* hat sich seit ihrer Gründung so viel bewegt, wie im Bereich der anerkannten ethnischen Minderheiten, der sogenannten „Volksgruppen“.

Nach fast 50 Jahren faktischem Stillstand entwickelte sich im letzten Jahrzehnt eine ungeahnte Dynamik in der Volksgruppenpolitik. Natürlich ist es schwierig, die Ursachen genau zu definieren. Und bisweilen ist es kaum möglich, Ursachen und Folgewirkungen überhaupt auseinanderzuhalten. Klar ist, daß mehrere Faktoren zusammengespielt haben, die letztendlich diese Dynamik bewirken konnten.

Politische Notwendigkeiten

Aus dem internationalen Bereich strahlt seit Ende der achtziger Jahre ein verstärktes Problembewußtsein bezüglich ethnischer Fragen nach Österreich herein. Ethnisch gefärbte Konflikte haben in weiterer Folge zum Ende mehrerer Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft Österreichs geführt.

Diese Minderheitenkonflikte haben auch die internationale Gemeinschaft dazu bewogen, sich verstärkt mit Minderheitenfragen zu befassen. Die Folge war die Berücksichtigung von Minderheitenrechten im diplomatischen KSZE-Prozeß, aus dem inzwischen die OSZE, die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, entstanden ist. Der Europarat mit seiner langen Erfahrung im Menschenrechtsbereich bemühte sich um die Verrechtlichung des Minderheitenschutzes in Anlehnung an den Menschenrechtsschutz. Von mehreren Ansätzen sind letztlich zwei geblieben: die Charta der Regional- und Minderheitensprachen und die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten. Beide Dokumente des Europarates basieren auf der gemeinsamen Verantwortung von Minderheiten und Mehrheiten und dem Respekt vor den Besonderheiten und besonderen Bedürfnissen von Minderheiten als integralem Bestandteil Europas. Österreich hat beide Dokumente unterzeichnet, allerdings bisher nur die Rahmenkonvention ratifiziert. Die Charta der Regional- und Minderheitensprachen soll 2001 innerstaatlich verbindlich werden.

Im nationalen Bereich trafen ebenfalls mehrere Faktoren zusammen. Im Zuge des Bedenkjahres und parallel zum beginnenden Aufstieg der Freiheitlichen Partei mit stark deutschnationaler Ausrichtung setzten gesellschaftliche und politische Diskussionen über die Besonderheiten Österreichs ein. Es lag nahe, in diesen Diskussionen auch auf die an den Rand gedrängte ethnische Vielfalt Österreichs Bezug zu nehmen. So rückten die Volksgruppen näher ans Zentrum des politischen Interesses. Nach den Attentaten gegen Angehörige und Einrichtungen der kroatischen und slowenischen Minderheit und nach den Morden an vier Roma in Oberwart war noch mehr bewußt geworden, daß auch die Mehrheit Verantwortung für die Minderheiten trägt und sie in die Mitte der Gesellschaft holen muß, um sie zu schützen.

Im Burgenland, in dem die langjährige dominante Partei, die Sozialdemokratie, offensiv die Assimilation der Kroaten als größte ethnische Minderheit propagiert hatte, kam es inzwischen durch einen Generationenwechsel zu einem Umdenken. Sprachliche und kulturelle Vielfalt wurden von der neuen Generation mangels eigener negativer Erfahrungen nicht mehr als Hemmnis und Bedrohung verstanden. Derartige Propaganda der Nachkriegssozialisten im Burgenland stieß zunehmend auf Unverständnis.

Das verstärkte Interesse

Durch die sich abzeichnende Öffnung Europas gewannen außerdem die Beherrschung der Sprachen und ein Einblick in die Kulturen der Nachbarländer Slowenien, Ungarn, Kroatien, Tschechien und Slowakei an Bedeutung. Daß die entsprechenden Minderheiten in Österreich ein Vermittlungspotential anzubieten hatten, von dem vor allem die deutschspra-

chige Mehrheitsbevölkerung profitieren konnte, wurde immer mehr bewußt.

Parallel zu dieser Entwicklung kam es durch eine neue politische Partei, die Grüne Alternative, zu einer ganz bewußten Betonung von österreichischen Minderheiten und zu einer starken Aufwertung von Minderheitenfragen „als Kernfragen der Demokratie“. Mit dem Einzug eigener MinderheitenkandidatInnen ins Parlament – des Kärntner Slowenen Karel Smolle und später der Burgenlandkroatin Terezija Stoisits auf der Liste der Grünen – konnten auch Minderheiten eine politische Bühne besetzen, die ihnen bis dahin verwehrt war. Natürlich hatten auch die großen Parteien gelegentlich Minderheitenangehörige in hohen gesetzgebenden oder vollziehenden Ämtern. Aber da kam plötzlich jemand aus einer Minderheit, der seine Legitimation aus seinem Einsatz für Minderheiten bezog und seine Rolle als Oppositionsabgeordneter konsequent zur Vertretung von Minderheiteninteressen ausspielte. In weiterer Folge mußten auch die anderen Fraktionen nachziehen und ebenfalls parlamentarische MinderheitensprecherInnen nominieren. Es war zu gefährlich geworden, die an prominenter Stelle vorgebrachte Kritik an der international rückständigen Minderheitenpolitik Österreichs ohne Gegenwehr hinzunehmen.

Politisch relevant und positiv für die anerkannten Volksgruppen dürfte sich auch die immer bedeutsamer werdende Frage der Integration von Zugewanderten, den sogenannten „neuen Minderheiten“, ausgewirkt haben. Es war für die Regierungen des letzten Jahrzehnts im Hinblick auf die internationale Aufmerksamkeit für Minderheitenfragen strategisch opportun, Minderheitenrechte zwar zu gewähren, dabei aber den Geltungsbereich auf eine kleine Gruppe innerhalb

der Minderheiten einzuschränken. So kamen die „anerkannten Volksgruppen“, d. h. die Kroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen, Slowaken und Roma in den Genuß von erweiterten Rechten, während die Regierungen zugleich versuchten, die Trennlinien zwischen „anerkannten Volksgruppen“ und „neuen Minderheiten“ schärfer zu ziehen. So profitier(t)en vom „Jahrzehnt der Volksgruppen“ nur die anerkannten Volksgruppen, nicht aber andere ethnische Minderheiten mit fast zehnmals sovielen Angehörigen. Man könnte die Entwicklung tatsächlich mit kommunizierenden Gefäßen vergleichen: Je restriktiver die Politik gegenüber Zuwanderern wurde, desto mehr wollte man bei den anerkannten Volksgruppen eine im Grunde minderheitenfreundliche Einstellung beweisen.

Neue Rechtsprechungspraxis

Ein weiterer zentraler Faktor, der das „Jahrzehnt der Volksgruppen“ mitverursachte, war der Verfassungsgerichtshof, der ganz allgemein seine jahrzehntelange zurückhaltende Rechtsprechungspraxis aufgab und für sich selbst eine zunehmend gestaltende und politischere Rolle in Anspruch nahm. Dieses neue Selbstverständnis behielt der Verfassungsgerichtshof auch im Bereich der Minderheitenrechte konsequent bei. Im übrigen dürfte die Politik nicht ganz unglücklich darüber gewesen sein, daß ihr der Verfassungsgerichtshof in so sensiblen Bereichen wie der Minderheitenpolitik die Verantwortung für möglicherweise konfliktbeladene Entscheidungen, die in keinem Mehrheitsinteresse lagen, abnahm.

So steht am Anfang dieses „Jahrzehnts der Volksgruppen“ auch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, mit dem er Kroatisch zur zusätzlichen Amtssprache im Burgenland machte. Zuvor waren die Kroaten trotz verfassungsrechtlicher Zusicherung dieses Rechts auf die Verwendung der eigenen Muttersprache vor burgenländischen Ämtern durch Jahrzehnte an der Ignoranz und den Widerständen der Politik gescheitert.

In weiterer Folge entwickelte sich der

Verfassungsgerichtshof zu einer Art Schrittmacher der österreichischen Minderheitenpolitik. Maßgebliche Verbesserungen setzte jeweils der Gerichtshof gegen die Politik durch. So wurde der Geltungsbereich des zweisprachigen Schulwesens in Kärnten erweitert, was dann auch zu einer Änderung des Minderheitenschulrechts im Burgenland führte und den Kroaten und Ungarn das seit 1955 versprochene zweisprachige Gymnasium brachte. Weiters setzte der Verfassungsgerichtshof durch, daß der zweisprachige Volksschulunterricht in allen vier Schulstufen der Volksschule erteilt werden soll, und nicht – wie von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen – nur in den ersten drei Schulstufen. Zuletzt erklärte der Verfassungsgerichtshof auch die gesetzliche Beschränkung des zweisprachigen Gebietes auf Regionen mit mindestens 25% Volksgruppenangehörigen für verfassungswidrig. 10% müßten jedenfalls genügen, lautet das bisher letzte Wort. Die Folge wird eine Ausweitung der Amtssprachenrechte und der zweisprachigen Aufschriften in Kärnten und im Burgenland sein müssen.

Bedeutsame Änderungen gab es auch in der Förderung der kulturellen Aktivitäten der anerkannten Volksgruppen. Während die gesetzlich vorgesehene Förderung der Volksgruppen bis 1988 bei 4,5 Millionen dahinvegetierte, kam es seit 1989 zu einer sukzessiven Erhöhung auf das Fünfzehnfache im Jahr 1999. Seit dem Koalitionswechsel ging die Förderung der Volksgruppen von 65 auf 52 Millionen Schilling im Jahr 2001 zurück.

Ausgeweitet wurden im letzten Jahrzehnt auch die Sendezeiten der Minderheiten im ORF-Radio. Im Jahr 1989 wurden für Kroaten im Burgenland und Slowenen in Kärnten halbstündige Fernsehsendungen an jedem Sonntag gestartet. Nach dem Fall des ORF-Monopols entstanden auch zwei Privatradios, die in den Minderheitensprachen senden und die aus der Volksgruppenförderung unterstützt wurden. Deren Zukunft ist mittlerweile ungewiß, da die neue Bundesregierung die Förderungen wieder eingestellt hat.

Bemerkenswert ist auch der Umstand, daß im letzten Jahrzehnt die bis dahin nicht anerkannte Volksgruppe der Roma anerkannt wurde. Auch die Slowaken sind nun eine eigene Volksgruppe, während sie bis zur Teilung der Tschechoslowakischen Republik von der tschechischen Minderheit „mitvertreten worden waren“. Den Polen wurde allerdings inzwischen die Anerkennung als Volksgruppe verweigert. Aber auch bei den Roma hatte es dreier Anläufe bedurft, bis der damalige Bundeskanzler Vranitzky von seiner ablehnenden Haltung abging.

Unter der neuen Bundesregierung

Weitere bedeutende Änderungen im Minderheitenrecht ereigneten sich zur Zeit der EU-Sanktionen gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich. Der Nationalrat beschloß auf Vorschlag der Bundesregierung eine Staatszielbestimmung zum Minderheitenschutz, die seit Jahren von den Grünen vorgeschlagen worden war. Noch vor den Sanktionen hatte die Justizsprecherin der ÖVP eine derartige Bestimmung strikt abgelehnt. Es sei ein Unding, „die Verfassung mit Dingen zu überfrachten, für die sie nicht geschaffen wurde“. Auch Senioren, Bauern, Kleingewerbetreibende oder Lehrlinge würden dann berechtigterweise mit ähnlichen Forderungen wie die Volksgruppen kommen. Der Verfassungsgerichtshof könne dann jede politische Entscheidung mit Hinweis auf eine Staatszielbestimmung „schmeißen“ und zugunsten der Minderheiten gegen die Politik entscheiden. Aber angesichts des Drucks der EU wurden Meinungen rasch geändert. Im Gegensatz zum weiter gefaßten Originalantrag der Grünen wurde der Geltungsbereich der Staatszielbestimmung aber ausdrücklich auf die „autochthonen Volksgruppen“ begrenzt.

Ebenfalls im Jahr 2000 wurde von der Bundesregierung eine alte Forderung der Burgenlandkroaten, die die ÖVP stets mitgetragen hatte, umgesetzt. Das Burgenland bekam zweisprachige Ortstafeln in den kroatischen und ungarischen Gemeinden. Und das Ungarische wurde in vier Gemeinden zur zweiten Amtssprache.

Soweit ein Überblick über die wichtigsten Entwicklungen, die das letzte Jahrzehnt zu einem „Jahrzehnt der Volksgruppen“ gemacht haben. Die Liste kann weder vollständig sein, noch alle Ursachen und Auswirkungen im Detail hinterfragen. Genauso wenig ist die weitere Entwicklung absehbar. Seit Ende der EU-Sanktionen deuteten sich erste Rückschritte an. Ob damit das „Jahrzehnt der Volksgruppen“ abgeschlossen ist und wieder magere Zeiten ins Haus stehen, wird sich zeigen.



ALS DER SCHRIFTSTELLER JOSEF BURG EINMAL DEUTSCH UNTERRICHTEN WOLLTE VON ERWIN RIESS

Josef Burg ist der letzte große Schriftsteller der jüdischen Bukowina und deren Hauptstadt Czernowitz. Er wuchs mit Rose Ausländer, Paul Celan und all den anderen jüdischen Schriftstellern auf, von denen die meisten in Hitlers Lagern oder wie Perez Markisch und David Bergelson durch Stalins Terror umkamen. Durch Burgs Heimatstadt Wischnitz, in der vor dem Krieg 7000 Juden lebten, fließt der Tschermosch, ein schwarzer Gebirgsfluß, der aus den Karpaten kommt. Burgs Vater, ein Flößer, war ein armer Mann. Aber er war reich an Geschichten, die er in den Lagerfeuernächten am Tschermosch erzählte. Josef Burg ist ebenfalls ein großer Erzähler, und es gibt unter seinen Geschichten eine Episode, die Groll so sehr beeindruckte, daß er sie gern wiedergibt, wenn von Minderheiten und Integration die Rede ist.

1941 wurde Burg, damals knapp 30 Jahre alt, von den Behörden in die Republik der Wolgadeutschen geschickt, um dort als Lehrer zu arbeiten. Bei Saratow überquerte er die Wolgabücke und gelangte nach Engels, der Hauptstadt der Republik. Dort suchte er das Volkskommissariat für Bildung auf und traf einen gewissen Herrn Hofmann an, der sich von Burgs Deutsch begeistert zeigte. Als er erfuhr, daß Burg Jude war, konnte er seine Verblüffung nicht verbergen. Die Juden sprechen Deutsch? sagte er und schüttelte den Kopf. Weil ihm der Name des Dorfes gefiel, ging Burg nach Rosendamm, einem rein deutschen Dorf, 30 Kilometer von der nächsten Bahnlinie ent-

fernt. Burg meldete sich beim Schuldirektor. Es war August, der Unterricht sollte erst am 1. November beginnen, da die Kinder bei der Ernte helfen mußten. Anfang Oktober erschienen zwei Beamte im Kolchos und verlasen einen Ukas von Stalin. Die Wolgadeutschen seien der Kollaboration mit den Nazis verdächtig, sie würden deportiert. Rosendamm habe für die Vorbereitungen drei Tage Zeit. Burg war kein Wolgadeutscher, sondern Jude. Ihm werde man wohl keine Kollaboration mit den Nazis unterstellen, dachte er. Und blieb. „Ich war der einzige Mensch in Rosendamm“, schrieb er später über diese Tage. „Die Kühe brüllten, weil sie niemand mehr gemolken hat, die Pferde auch, weil sie kein Futter mehr hatten, die Katzen sprangen umher, die Hunde heulten. Ich fürchtete meinen eigenen Schatten. Es war noch warm. Nachts saß ich an einem kleinen See.“

Nach einigen Tagen erschienen Ukrainer im Dorf und nahmen Burg mit. Er sollte einen Zug mit weißrussischen Juden empfangen, die vor den Deutschen evakuiert worden seien und in Rosendamm angesiedelt würden. Burg wies die Geflüchteten in die Geheimnisse des Dorfes ein, er war eine unumschränkte Autoritätsperson. Nur eines konnte er nicht: Deutsch unterrichten. Die Dörfler hatten ihre eigene Deutschlehrerin mitgebracht.

Alles, was ich habe, ist ein Auftrag, sagte sich Burg, und der lautet: Deutsch unterrichten. Also fuhr Burg mit dem nächsten Zug Richtung Kaukasus. Da-

mals, in den ersten Kriegsmonaten, war das Chaos auf den Bahnhöfen groß. Ganze Industriebetriebe wurden auf den Zügen vor der vorrückenden Wehrmacht in Sicherheit gebracht. Man brauchte keine Fahrkarte, sondern stieg einfach in den Zug. Die Züge fanden immer ein Ziel. Die Sowjetunion war groß.

Nach vielen Irrfahrten kam Burg nach Usbekistan. Im Fergana-Tal wurde er in ein verlassenes Dorf geschickt, um dort Deutsch zu unterrichten. Während des Krieges wurde in der ganzen Sowjetunion an den Schulen weiterhin Deutsch gelehrt – „vom Feind lernen“, war die Losung. Der Kolchos-Direktor überraschte Burg mit der Nachricht, daß es im Dorf bereits einen Deutschlehrer gebe, da aber niemand im Kolchos dieser Sprache mächtig sei, wäre er Burg dankbar, wenn der über die Qualitäten des Lehrers Auskunft geben könne. Burg betrat die Schule und fand einen jungen Mann vor, der den jungen Usbeken Jiddisch beibrachte. Er konnte kein Wort Deutsch. Er sei mit Frau und Kind von Riga geflüchtet, sagte der Mann, ein Lehrer bekomme 600 Gramm Brot. Also unterrichtete er Deutsch, das eigentlich Jiddisch sei. Die Usbeken kannten weder das eine noch das andere. Wo läge da der Unterschied. Burg erzählte dem Direktor, der Deutschlehrer sei in Ordnung, und verließ das Tal mit dem nächsten Zug.

Groll mochte diese Geschichte sehr. Er erzählte sie gern, und wenn er das tat, fügte er die Aufforderung an, die Werke Josef Burgs zu lesen.

Gerald Kurdoğlu Nitsche
Landeck/Tirol

an
Robert Gratzner,
Schriftsteller (Verfasser von über 30 Büchern), lebt und arbeitet seit 1994
in Istanbul, gewesener Chefredakteur der *Türkischen Allgemeinen*, der
ersten deutschsprachigen Zeitung der Türkei

LIEBER ROBERT,

die Sache mit der *Türkischen Allgemeinen* war schon ein Abenteuer, sogar für mich, wenn ich daran denke, daß ich in diesem riesigen Land, „dort hinten in der Türkei“, wie ein Dichterwort lautet, in meiner Muttersprache journalistisch tätig war. Es hat mir Spaß gemacht. Ich wollte, nach Österreich zurückgekehrt, auch wieder für eine Zeitung arbeiten, aber das von mir erwählte Blatt hat meinen Test nicht bestanden: Ein Leserbrief, in dem ich mich recht sachlich gegen die widerliche Ausländerhetze der FPÖ im Wahlkampf gewandt hatte, wurde wegen „zu großer Angriffigkeit“ nicht gebracht – ich hatte dem Herausgeber solch vorauseilende Ängste gar nicht zugetraut. Na, dann eben nicht!

Diese Einleitung soll mich jetzt aber zu einem couragierten und gar nicht angepaßten Journalismus bringen: ein mutiges Experiment, Straßen-Zeitungen, die es in Österreich erst seit einigen Jahren gibt – in vielen Großstädten Europas (z. B. *Hinz&Kunzt* in Hamburg hatte im August 2000 Nr. 90, *Augustin* im November Nr. 65 und *20er* Nr. 20) und Nordamerikas schon länger; Zeitungen, die an bestimmten Plätzen in Städten von Straßenverkäufern mit Ausweis angeboten werden, von Männern und Frauen, eben noch auf dem Abstellgleis, abseits der Gesellschaft, in Not, Gestrauchelte, denen man aber den hoffnungsvollen Neubeginn, ihre (Re-)Integration ansieht.

Die Blätter kosten 20 S – 10 S sind für den Verkäufer. Die Innsbrucker Version heißt deshalb *20er*, in Wien ist es der *Augustin*, schon seit 1995 (steigende Auflage, jetzt 35 000, und Verkäuferzahlen), in Salzburg *Asfalter*, in Linz *Kupfermuckn* (= jenes: Heustadel), *Megaphon* in Graz – eine bunte Palette ungewöhnlicher Blätter, Gesamtauflage: 120 000 monatlich! Das ist kein Wischiwaschi-Journalismus, auch

nicht einer, der sich's als Werbeträger mit niemand & nirgends verderben darf. Irgendwelche IdealistInnen müssen da am Werk sein – und Betroffene: Gefängnis, Arbeits- und Obdachlosigkeit, Alkoholismus und Drogen, von der Gesellschaft Ausgeschlossene, Underdogs ... Dabei sind die Zeitungen gut und professionell gemacht, Kleinformat, aber das ist das einzige Gemeinsame mit dem anderen. Es ist keine Caritas-Publikation, die Spenden braucht, sondern ein „Projekt auf Gegenseitigkeit“, das ohne einen Groschen Subvention auskommt. Das AMS Tirol unterstützt den *20er* durch ein Beschäftigungsprojekt, indem es fünf Transitarbeitskräften einen Arbeitsplatz und soziale Absicherung für ein Jahr garantiert. Die VerkäuferInnen müssen einen Teil ihrer Kosten selbst verdienen: laut Vertrag 500 000 S im Jahr durch den Verkauf der Zeitung. Der *20er*, der *Augustin* ... sind Mitglied des INSP („International Network of Streetpapers“). SozialarbeiterInnen und freiberufliche JournalistInnen sind es meist, die diese Straßenzeitungen ins Leben riefen, MitarbeiterInnen sind u. a. bekannte Schriftsteller-, FotografInnen, aber auch Betroffene selbst kommen zu Wort – in Schreibwerkstätten wird das nötige Rüstzeug vermittelt.

Die Beiträge sind im *20er* auf 32 Seiten (Auflage anfänglich 7000, jetzt ganze 20 000!) einem Hauptthema untergeordnet, z. B. „Futtern“ (aber in jeder Nummer gibt es die „Armenküche“, Kochen zum Sozialtarif, im *Augustin* „Christas Sparküche“), „Sterben“, „Nächte“, „Sport“, „Weg vom Rand“ (womit ja auch die Blattlinie definiert ist); doch es gibt fixe Rubriken wie im *Augustin*: „Fanpost“, „Heroes“ (Interviews mit Menschen, die Besonderes für andere leisten), „Magazin“ mit Beiträgen zu aktuellen sozialpolitischen Fragen, „Horoskop“

mit Selbstverscheißerung, aber ein ernstgemeintes „Preisrätsel“. Das gibt's auch im *20er*, aber das Innsbrucker Blatt ist anders organisiert, hat dennoch auch ein paar Fixpunkte, hinter einem zünftigen „Cover“ (etwas attraktiver als der *Augustin* und vierfarbig) die Karikatur mit einem still dasitzenden Bettler, wechselnden Passanten und (un)passenden Kommentaren ihrerseits. Dann geht's schon rasant weiter, natürlich „ohne Rassismus und Sexismus, ohne Tratsch, Klatsch und Intrigen, eine Gegenöffentlichkeit, aus einem anderen Blickwinkel betrachtet, Akzente verschoben, Themen angerissen, die meist unbeachtet bleiben [und nicht opportunistisch – müßte man ergänzen!] und jene zu Wort kommen zu lassen, deren Meinung allzu wenig zählt“, lautet das Konzept.

So geht man zur Sache, und was ist Sache? (Verzeih die sprachliche Häßlichkeit!) *Der peinliche Ferrero-Auftritt beim 2. Integrationsball* in Innsbruck, die sogenannte *Soziale Treffsicherheit*, der so lang und immer wieder „vergessene“ oder verdrängte Tourismuspionier und Jude des WM-Ortes St. Anton, Ing. Rudolf Gomperz, und wie in jedem *20er* „jenisch tibern“ (Jenisch sprechen, die Sprache der Tiroler Karner, einer schon fast und bald nicht mehr existierenden Randgruppe von Fahrenden) von Heidi Schleich. In anderen Nummern geht es um andere Benachteiligte: Jugendliche, Alte, Homosexuelle, Asylanten ...; aber die Tränenrüse bleibt unberührt; es wird bloß berichtet, so der *20er*, etwa mit unserer STIMME zu vergleichen. Der *Augustin* schreibt über den „Häfn“, daß einige seiner VerkäuferInnen eine Häfnkarriere hinter sich haben, und läßt wissenschaftlich untersuchen, warum gerade eine bestimmte soziale Schicht, die Unerwünschten genannt, im Strafvollzug überproportional vertreten ist.

Kurzum, ein spannender Journalismus ist da in den österreichischen Straßenzeitungen am Werk, sodaß ich heftige Lust verspüre, da mitzumachen. Du auch? – oder ist Dir der Journalismus gründlich verleidet worden?

Alles Gute, viel Erfolg beim Tage und Nächte langen Tippen Deines nächsten Buchs! Liebe Grüße an Elisabeth und die anderen am Bosphorus.



Dein Gerald Kurdoğlu Nitsche

„WIEN WAR SCHON IMMER MULTIKULTURELL, SCHAUT DOCH INS TELEFONBUCH!“

Hängt auch Ihnen das berühmte Telefonbuch-Argument zum Hals raus? Wollen Sie im Zeitalter der Information besser informiert werden über Minderheiten? In diesem Fall können Sie unsere Publikationen bestellen:

6 x Österreich. Geschichte und aktuelle Situation der Volksgruppen

von Gerhard Baumgartner. Edition Minderheiten, Band 1 (hg. von Ursula Hemetek für die *Initiative Minderheiten*)
Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 1995; öS 248,-

Wege zu Minderheiten. Ein Handbuch

Edition Minderheiten, Band 2 (hg. von Ursula Hemetek für die *Initiative Minderheiten*)
Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 1998; öS 285,-

O du mein behinderndes Österreich! Zur Situation behinderter Menschen

von Franz-Joseph Huainigg. Edition Minderheiten, Band 3 (hg. von Ursula Hemetek für die *Initiative Minderheiten*)
Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 1999; öS 285,-

Am Anfang war der Kolaric. Plakate gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

hg. von Ursula Hemetek für die *Initiative Minderheiten*.
Südwind Verlag: Wien 2000; öS145,-

Bestellungen unter: Initiative Minderheiten; Gumpendorfer Str. 15/13, 1060 Wien
Tel.: (01) 586 12 49-12; Fax: (01) 586 82 17; e-mail: initiative.minderheiten@chello.at



„DIE FORDERUNGEN IN EINER KAMPAGNE GEBÜNDELT“

Ein Gespräch mit zwei Mitorganisatorinnen der *Wiener Wahl Partie (WWP)*, einer Kampagne von *Initiative Minderheiten*, *echo*, *gettoattack* und ANAR im Rahmen der Wiener Gemeinderatswahlen, am „Tag danach“.

STIMME: Wie bewertet ihr das Ergebnis der Wiener Wahlen?

Kangela: Einerseits bin ich froh, daß die, die einen rassistischen und antisemitischen Wahlkampf geführt haben, nicht dazu gewonnen bzw. verloren haben. Andererseits macht mir die absolute Mehrheit der SPÖ ein bißchen Sorgen, und ich hoffe sehr, daß die ganzen Versprechungen, die uns die SPÖ während der WWP-Kampagne gemacht hat, von ihr jetzt noch beachtet werden und daß sie Kooperationspartner wie uns anhört.

Kogoj: Mich freut natürlich auch, daß die Grünen dazu gewonnen haben und die FPÖ verloren hat. Aber mich schockiert es, daß sich die SPÖ jetzt als die ausländerfreundliche Partei darstellt, obwohl sie diese sogenannten Ausländergesetze mitgetragen hat. Die SPÖ hätte die Möglichkeit gehabt, ein Wahlrecht für MigrantInnen auf Wiener Ebene einzurichten, auch unlängst im Vorfeld der Ausschlußberufung, mit dem Initiativantrag für das Wahlrecht.

Kangela: Unsere „Partiewagen“-Aktion auf den Märkten gab den Leuten, die vorbei gekommen sind, die Möglichkeit, Postkarten mit Forderungen an die verschiedenen Parteien zu adressieren und in kleine Boxen einzuwerfen, wir werden sie den Parteien übergeben – das waren Forderungen wie die Öffnung des Gemeindebaus, ein Antidiskriminierungsgesetz und kommunales Wahlrecht für MigrantInnen. Und die meisten Postkarten wurden in die Boxen der SPÖ geworfen, besonders von MigrantInnen.

Alle Parteien hatten auf ihren KandidatInnenlisten auch MigrantInnen stehen. Wurde damit unwiderruflich etwas Neues – zumindest in die Kommunalpolitik – eingeführt?

Kangela: Ich habe sogar den Eindruck, daß es noch weiter gehen wird; also daß die Forderungen der MigrantInnen nicht mehr überhört werden können und daß jetzt die Zeit gekommen ist, an der Umsetzung all dieser Forderungen konkret zu arbeiten. Ich bin ganz zuversichtlich, daß es auch passieren wird.

Kogoj: Es wird sicher noch lange dauern, aber der Weg geht sicher dorthin.

Glaubt ihr, daß die WWP zu diesem Prozeß hat beitragen können?

Kogoj: Es ist natürlich immer schwierig, Wirkungen zu messen. Ich denke, die WWP war eine der öffentlichkeitswirksamsten Initiativen, die es im Rahmen der Wahlen gegeben hat, bzw. eine logische Fortführung von Diskussionen, die es im Zuge der Widerstandsbewegung gegeben hat. Die WWP hat die Forderungen aus diesen Diskussionen gebündelt und an die Öffentlichkeit gebracht.

Welche Aktionen hat die WWP im Wahlkampf gesetzt?



Kangela: Die Kampagne haben wir mit einer Pressekonferenz eröffnet, so sind wir ganz massiv mit den Forderungen an die Öffentlichkeit gegangen. Die „Partiewagen“ am Naschmarkt und Brunnenmarkt stellten eine der interessantesten Aktionen der WWP dar. Weiters haben wir eine Sondernummer von *echo* herausgegeben, in der Intellektuelle mit migrantischem Hintergrund, aber auch österreichische Intellektuelle, Jugendliche und KünstlerInnen Beiträge veröffentlicht haben; die Photos hat Lisl Ponger gemeinsam mit den Jugendlichen gemacht. Das Heft wurde im Wiener Depot präsentiert, wo wieder viele Jugendliche von *echo* waren, die wahrscheinlich sonst nicht ins Depot kommen würden. Wir haben einen Workshop-Tag an der Akademie der bildenden Künste veranstaltet, mit verschiedenen Organisationen, StudentInnen von der Akademie und verschiedenen

Intellektuellen. Alle Aktionen waren darauf ausgerichtet, eine Durchmischung der bestehenden Gruppen zu erzielen: Intellektuelle zusammen mit praktisch-antirassistisch arbeitenden Menschen.

Welchen Eindruck habt ihr bezüglich der Wahrnehmung und der Aufnahme der Forderungen in der Öffentlichkeit?

Kogoj: Es ist insofern schwierig, darauf zu antworten, als diese Forderungen teilweise von Parteien aufgenommen worden sind, und das ist sicher ein direktes

Ergebnis der politischen Lobbyarbeit antirassistischer Organisationen. Ob die WWP jetzt in der breiten Öffentlichkeit mit ihren Forderungen in Verbindung gebracht wird, ist eine andere Geschichte. Warum die WWP gerade jetzt mit diesen Forderungen an die Öffentlichkeit gelangen konnte, liegt daran, daß mehrere Faktoren zusammengekommen sind; eben weil es ein Jahr Widerstand gegeben hat, weil es in der MigrantInnenzene eine Emanzipationsbewegung gibt etc. Es war, glaube ich, gerade der richtige Zeitpunkt für diese Aktion. Und ich glaube, es ist ein Unterschied, ob diese Forderungen von einer nicht-staatlichen Organisation oder von Parteien eingebracht werden.

Wo liegt dieser Unterschied?

Kangela: Weil NGOs vorwiegend von MigrantInnen-NGOs bestehen oder solchen, die sich mit diesem Thema be-

schäftigen, die die Notwendigkeit der Forderungen tagtäglich erleben, während die Parteien das Ganze als Thema aufgreifen. Aber sie haben nicht diese Notwendigkeit. Es ist eine andere Glaubwürdigkeit, wenn eine unabhängige MigrantInnenorganisation sagt: Ich fordere das und das; oder wenn ein Migrant sagt: Ich will wählen gehen, ich wohne hier seit so und so vielen Jahren, warum kann ich nicht! Das hat eine andere Dringlichkeit und eine andere Bedeutung als die Rede einer Partei.

Habt ihr die MigrantInnen und ihre Kinder erreichen können?

Kogoj: Mit dem erwähnten „Partiewagen“ – da hatten wir schon das Gefühl, daß wir sie erreichen konnten.

Kangela: Ja, gerade am Brunnenmarkt. Das war unsere erste Aktion, wir hatten wenig mehrsprachiges Material, ein großer Nachteil, aber wir hatten eben die Aufrufe für die Kundgebung am 16. März. Die Leute haben das Flugblatt mitgenommen, angeschaut, haben darüber diskutiert. Und dann, über diese ersten Einstiegstexte, haben sie sich auch die Forderungen angeschaut, sich übersetzen lassen und die Postkarten mit Forderungen in die Boxen eingeworfen. Wir hatten ja auch unsere drei Plakatsujets, und eins davon war in Türkisch und Serbisch und Kroatisch. Auch die Plakate für die Kundgebung am 16. März – das war eine Forderung der WWP, daß es Plakate in mehreren Sprachen gibt und die Kundgebung unter dem Motto „Gleiche Rechte für alle“ stand. Du erreichst damit eine andere Öffentlichkeit als mit „Gesicht zeigen, Stimme erheben“.

Ich weiß, es ist noch zu früh dafür; könnt ihr trotzdem versuchen, die politische Arbeit der WWP zu bewerten?

Kogoj: Positiv war sicherlich, daß wir in so relativ kurzer Zeit in der Öffentlichkeit oder in den Teilöffentlichkeiten gut

präsent waren. Kritisch anzumerken ist: Wäre die WWP ein längerfristiges Projekt, wäre wahrscheinlich viel mehr Reflexion notwendig gewesen. Wir haben mit kurzen, schnellen Aktionen auf uns aufmerksam gemacht. Aber wenn die WWP weiter bestehen möchte, muß sie sich neue Strategien überlegen. Der kurzfristige Aktionismus war gut, aber auch langfristig angelegte Projekte sind sehr wichtig: wie die Workshops an der Akademie.

Kogoj: Für die NGO-Szene hat sie schon einen ganz neuen Impuls gegeben, weil auch Strategien oder aktionistische Formen gewählt wurden, die im NGO-Bereich unüblich sind.

Kangela: Es ist auch neue Form, eine Kampagne zu präsentieren; da diese Themen – politische Beteiligung der MigrantInnen, ihre Rolle bei Wahlkämpfen – noch nie von einer Kampagne in den Vordergrund gestellt wurden. Es war eine Kampagne für bestimmte Forderungen, und das ist eine neue Strategie, um diese Forderungen umzusetzen.

Soll die WWP weitergehen, was ist der nächste Schritt?

Kangela: Aus den Workshops sind neue Arbeitsgruppen entstanden. Ich war in einem Workshop gemeinsam mit *TschuschInnenpower*, Liesl Ponger und Alexander Nikolic, der die Plakate entworfen hat, wir haben uns Projekte ausgedacht bis zu den nächsten Nationalratswahlen. Es gibt schon Aktionen, die in unseren Köpfen herumspekulieren und an deren Umsetzung wir natürlich noch arbeiten müssen. Eine aktionistische Form des politischen Monito-

rings. Aber das alles muß nicht unter WWP geschehen. Die WWP war eine zeitlich begrenzte Kampagne, und ich glaube, daß neue Dinge daraus entstehen werden.

Kogoj: Ich glaube, daß dieses Projekt – so wie es geplant war – weitere zwei Monate nach der Wahl weiterbestehen soll. Dann hat es für mich keine Legitimation mehr.

Die Parteien ziehen sich ab heute zurück und denken über die geschlagene Wahl nach. Wird es die WWP auch tun?

Kogoj: Wir werden sicherlich eine Evaluationsrunde machen.

Kangela: Wir werden uns entscheiden, wie wir diese Forderungen, die wir gesammelt haben, an die Parteien und der Öffentlichkeit präsentieren wollen ...

Kogoj: ... mit wem wir jetzt eine Koalition bilden werden.

Habt ihr nie befürchtet, daß es vielleicht irgendwie nach hinten losgeht, daß beispielsweise die FPÖ versucht, die Kampagne zu instrumentalisieren?

Kangela: Die FPÖ läßt einem nie eine Möglichkeit; du kannst sagen, was du willst, sie verwenden es immer für sich.

Kogoj: Aber dann kann man auch nicht mehr in einer Organisation wie der *Initiative Minderheiten* arbeiten, wenn man sich diese Frage stellt.

Kangela: Wenn es Forderungen gibt, die umzusetzen sind, dann lasse ich mir sicher nicht von der FPÖ diktieren, wie oder was ich da zu tun habe. Natürlich werde ich sie immer mit einbeziehen, aber ich will nicht immer reagieren auf sie, sondern eher agieren, und sie sollen reagieren.

Gespräch: Hakan Gürses, Ingrid Hemetek

WIENER WAHL PARTIE (WWP)

Die Wiener Wahl Partie war ein von allen Parteien unabhängiges Projekt, das von *gettoattack*, *echo*, der *Initiative Minderheiten* und ANAR im Rahmen des Wiener Wahlkampfes durchgeführt wurde. Sie sprach mit ihrer Kampagne jene Menschen, die rassistischen Diskriminierungen und Ausschlüssen unterliegen, als politische Subjekte an, forderte das Recht auf politische Partizipation von MigrantInnen ein. Durch Plakate und Aktionen wurde auf diese „vergessene“ WählerInnenengruppe aufmerksam gemacht. Folgende Forderungen wurden von der WWP offensiv in den Wahlkampf eingebracht:

- Das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige
- Das passive Wahlrecht bei Arbeiterkammer-, Betriebsrats- und Hochschulwahlen
- Zugang zu allen Berufen im öffentlichen Sektor
- Gezielte Personalzusammensetzung und Förderungspläne zugunsten diskriminierter Minderheiten
- Zugang zu Wohnungen im öffentlichen Wohnbau und zu Wohnbauförderungen
- Gleichstellung bei allen Sozialleistungen
- Ein Wiener Antidiskriminierungsgesetz
- Arbeitsbewilligungen für Flüchtlinge
- Erleichterungen bei der Staatsbürger-

schaftsübergabe sowie Forcierung eines Wohnbürgerschaftsrechts

- Besetzung der leitenden Funktionen im Integrationsbereich mit MigrantInnen

Interviewpartnerinnen:

Xiane Kangela,
Mitarbeiterin von ZARA,
der Beratungsstelle für
Zeugen und Opfer von Rassismus,
Mitorganisatorin der WWP
Cornelia Kogoj,
Generalsekretärin der
Initiative Minderheiten,
Mitorganisatorin der WWP

„GUTEN MORGEN, HERR ARCHITEKT“ VON INGRID HEMETEK

*guten morgen herr architekt
hat das frühstück geschmeckt
sie kommen mir wie gerufen
wie komme ich hier über die stufen
in die wohnung, die nach ihren plänen
unterlassen sie bitte das gähnen
errichtet
hat man mir berichtet*

Der Urban-Loritz-Platz ist ein Beispiel für einen öffentlichen Ort, der mit moderner Architektur versehen wurde – und das ziemlich gedankenlos. Für alle, die Wien nicht kennen: Der Platz wurde überdacht. Doch die Überdachung wurde durch Querverstärkungen an Masten befestigt, wobei die tragenden Elemente teilweise in Brust- bis Kopfhöhe über Gehbereiche verlaufen. Dies ist vor allem für blinde und sehbehinderte Menschen ein nicht zu erkennendes Hindernis, da der Blindenstock unter ihnen durchgleitet. Dieses Problem wurde zwar erkannt, wie uns ein Architekt im Interview berichtete. Doch die Lösung des Problems ist mehr als zweifelhaft. So habe man nun Schnüre aufgehängt, die ein ungebremstes Hineinlaufen in die Querverstärkungen verhindern und damit die Verletzungsgefahr mindern sollen, doch auch diese seien für blinde Menschen mit dem Blindenstock nicht ertastbar.

Städtische Hindernisse

„Das größte Hindernis sind nach wie vor Stufen – ganz simple Stufen, die einem den Zutritt zu einem Geschäft verwehren“, sagt Bernadette Feuerstein. Sie ist Rollstuhlfahrerin und seit langem für die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung aktiv.

Menschen mit Behinderung stehen in einer Großstadt wie Wien vor Problemen, die uns vor der Recherche zu der Sendung nicht einmal in den Sinn kamen. Wir sprachen mit dem Obmann des Blindenverbands in Wien, der uns darauf hinwies, daß auch Briefkästen, zu niedrig ange-

brachte Verkehrsschilder oder Baustellen zu Hindernissen, aber auch zu Verletzungsgefahren werden können. „Es ist auch schon vorgekommen, daß eine Baustelle nicht vorschriftgemäß abgesichert worden ist und blinde Menschen in eine Baugrube gefallen sind.“ Blinde Menschen werden zudem vom Lärm stark beeinträchtigt, da sie vor allem auf das Gehör angewiesen sind.

Auch die bereits erwähnten Briefkästen können zu einem Hindernis werden, trotz der sogenannten *Önormen*, baulicher Richtlinien. So befaßt sich die ÖNORM B1600 mit der Montage von Briefkästen. Doch die Post scheint diese Norm bei der Montage ihrer Briefkästen völlig zu ignorieren. Diese Normen sind bis jetzt eben nur Richtlinien, und es gibt noch keine Sanktionsmöglichkeiten.

Behinderung Verkehrsmittel

Einen weiteren Problembereich stellen die öffentlichen Verkehrsmittel dar. Obwohl Niederflerbusse zunehmend zum Straßenbild gehören und in den U-Bahnstationen, vor allem der Linie U4, immer mehr Lifte gebaut werden, ist die Zugänglichkeit insbesondere für RollstuhlfahrerInnen noch lange nicht gewährleistet. So erzählt uns Bernadette Feuerstein, daß sie bereits die Erfahrung machen mußte, auf die Hilfe von Stationswacht und Polizei angewiesen zu sein, um aus der U-Bahnstation auf die Straße zu kommen. Ein defekter Lift war der Grund dafür. Dieses Erlebnis war nicht nur ärgerlich, sondern natürlich auch unangenehm, da es Feuerstein in dieser Situation die Möglichkeit zur Selbstbestimmung und Selbständigkeit nahm.

Das Einsteigen in die U-Bahn ist auch nicht immer leicht. Bereits 1998 stellte die Siemens AG den „behindertengerechten U-Bahn-Wagen“ nach dem derzeitigen Stand der Technik vor, um diesem

Problem entgegenzuwirken. Hier soll eine Verbesserung der Einstiegssituation mittels einer Rampe und automatisch öffnenden Türen erreicht werden. Ähnlich wie bei den Niederflerbussen soll im Wageninneren – zusätzlich zur akustischen Ansage – der Name der nächsten Station optisch angezeigt und gehörlosen Menschen zugänglich gemacht werden. Obwohl diese Verbesserungen alle gut klingen, wird die „neue“ U-Bahn frühestens 2003 in Wien unterwegs sein. Doch selbst wenn RollstuhlfahrerInnen dann alleine in die U-Bahn steigen können, dürfen sie es nicht. Denn in öffentlichen Verkehrsmitteln sind für RollstuhlfahrerInnen noch immer Begleitpersonen zwingend vorgeschrieben.

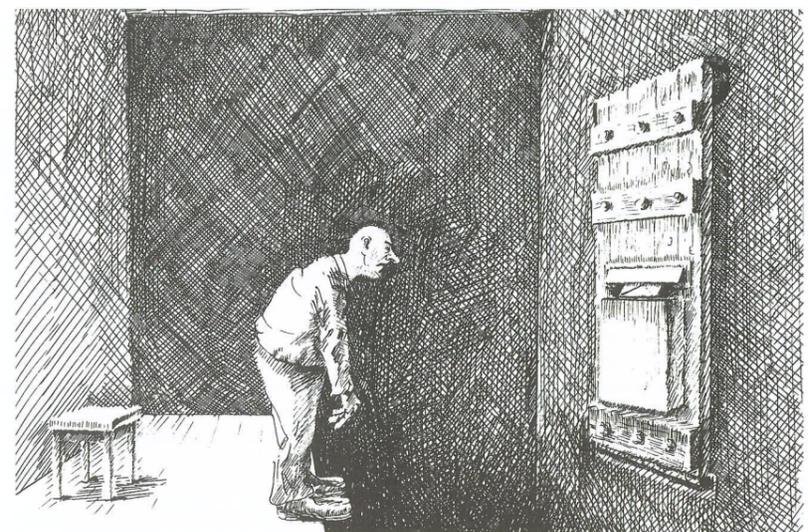
Kleine Erfolge

Es gibt auch Erfolge zu verzeichnen, wie uns Bernadette Feuerstein berichten kann. In der Favoritenstraße wurde ein neuer McDonalds gebaut. Als Feuerstein eines Tages an der Baustelle vorbeikam, bemerkte sie, daß am Eingang eine Stufe gebaut wurde. Sie machte den Geschäftsführer des Lokals ausfindig und befragte ihn zu der Stufe. Dieser meinte, daß es ihm egal sei. Und erst nachdem Bernadette Feuerstein ihm mit einer Klage drohte, konnte sie ihn zu einem Einlenken bewegen – die Stufe verschwand.

Doch solche Erfolge sind selten; ebenfalls McDonalds hatte auf der Mariahilferstraße bei seiner neu gebauten Filiale eine Rampe eingerichtet, die gesperrt werden mußte. Denn die Rampe war aufgrund ihrer zu starken Neigung und der verwendeten viel zu glatten Steine für RollstuhlfahrerInnen absolut ungeeignet. Und ob es nun Stufen oder nicht verwendbare Rampen sind, die den Zugang unmöglich machen, ist dann auch schon egal.

*endlos die stufen
im klotz den sie da schufen
was, es wären nur sieben
hurra, dann werde ich üben
um mit sieben kräftigen schüben
an sonnentagen und an trüben
die stufen zu überwinden
sollte sich jemand finden
der aus eigener kraft
dies wirklich schafft
der möge sich beeilen
dem schreiber dieser zeilen
dies ehest mitzuteilen
guten morgen herr architekt
man hört daß es schmeckt
das essen
stufen?
längst vergessen
(Sigi Maron)*

Diese Nachlese basiert auf der „Radio Stimme“-Sendung vom 21. November 2000 (gesendet auf Orange 94,0).



Zeichnung: Andreas Ohenschall

GEGEN MITLEID UND FREMDHEIT VON MARINELA VECERIK

Als ich sie das erste Mal sah, bemerkte ich sofort, nicht nur eine intelligente, sondern auch eine selbstbewußte Frau vor mir zu haben. Gülay ist eine 30jährige Türkin. Der Wendepunkt in ihrem Leben war im Jahr 1990.



Sie sieht sich nicht so sehr als Türkin, auch nicht als Österreicherin – schon eher als „Mittelmeermensch“. Als sie an den Demonstrationen gegen die jetzige österreichische Regierung teilgenommen hatte, tat sie das, da sie meint, daß diese Regierung nicht nur ausländerfeindlich, sondern menschenfeindlich ist. Heimweh hat sie noch immer, würde gern ihre Familie und Freunde in der Türkei besuchen. Obwohl sie nicht mit Sicherheit weiß, wie sich die türkischen Behörden verhalten werden, hat sie keine Angst.

Immer total aktiv, merkt sie ironisch an: „Aufgrund meiner Querschnittlähmung geht es mir finanziell ein bißchen besser als dem Großteil der 'normalen' Flüchtlinge.“ Gleich zu Beginn hat sie ihren ebenfalls türkischen Freund kennengelernt. Im Gegensatz zu ihr ist er in Österreich aufgewachsen. Der Rollstuhl war nicht so ein großes Problem für ihre Liebe, es gibt Höhen und Tiefen wie in jeder anderen Beziehung. Der größte Teil ihres Freundeskreises stammt aus der Türkei. Vor zehn Jahren stand ihre Geschichte in allen Zeitungen, heute noch sprechen unbekannte Menschen sie darauf an.

In ihrer Freizeit singt sie am liebsten türkische Lieder, spielt gerne mit Kindern, liest und reist, wann immer sie es sich leisten kann. Gülay hat Träume – eine Welt ohne Ausbeutung, ohne Menschenrechtsverletzungen. Wie jeder Mensch, obwohl der Preis so hoch war.

Marinela Vecerik ist Philologin und Journalistin, lebt seit 1996 in Wien.
(Mitarbeit: Samuel Ackzomu)

Fotos: Mehmet Emir

Erster Mai – der internationale Tag der Arbeit. Als Studentin an der Technischen Universität Istanbul entscheidet sich Gülay, an einer nicht genehmigten Demonstration teilzunehmen. Es sollte eine große Kundgebung für Demokratie und Menschenrechte werden.

Die Ordnungskräfte reagierten sofort. Bald war die Demonstration zersprengt. Sie wurde von einem Schuß getroffen. „Als die Schüsse aufhörten, dachte ich, es gäbe viele Tote. Danach wollte ich weglaufen – es ging aber nicht.“

Ein neuer Lebensabschnitt

Es folgten Kommissariat, Spital, lange Rehabilitation. Sieben Monate lang blieb ihr die schreckliche Wahrheit über ihre Verletzung verborgen. „Ich habe mir damals keine ernsthaften Gedanken darüber gemacht, denn einerseits war ich für meine verhafteten Freunde und Freundinnen besorgt, andererseits haben mich die vielen Besucher und Besucherinnen gefreut.“

Eines Tages bekam sie eine Einladung, nach Österreich zu kommen. Die ATIGF (*Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich; siehe Kasten*) hatten Unterschriften gesammelt, um ihr die Behandlung hier zu ermöglichen.

So kam Gülay Ende 1990 nach Wien, anschließend in das Rehabilitationszentrum „Weißer Hof“ in Klosterneuburg. Da wurde sie erstmals mit der Realität konfrontiert: Querschnittlähmung. Der Schock war nicht so groß, weil sie irgendwie schon selbst darauf gekommen war. Sie lernte schnell, das Beste aus ihrer Situation zu machen – mit der Behinderung selbständig umzugehen, die deutsche Sprache zu lernen und Kontakte zu knüpfen. Sie suchte um Asyl an, da in ihrer Heimat bereits Anklage gegen sie erhoben worden war. Obwohl ihr im „Weißer Hof“ sehr gut geholfen wurde, wollte sie möglichst schnell in ein normales Leben zurückkehren.



ATIGF

Die *Föderation der Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei in Österreich* (ATIGF) wurde im Jahr 1980 gegründet und hielt 1986 als österreichweite Dachorganisation ihren ersten Kongreß ab. Sie hat Schwestervereine in verschiedenen Ländern Europas.

Zu ihren Zielen gehören Integration, Völkerverständigung, Gleichstellung der MigrantInnen, Emanzipation der Frauen, Beseitigung von Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Als ihre internationale Aufgabe sieht sie die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen auf

der ganzen Welt, insbesondere in der Türkei. Ihre Aktivitäten reichen von Podiumsdiskussionen, Seminaren, kulturellen Veranstaltungen, Straßen-, Sport- und Jugendfesten über Öffentlichkeitsarbeit und ehrenamtliche Hilfestellung bis hin zur Begleitung auf Amtswegen und Übersetzung.

KULTUR- UND LITERATURABEND DER ASSYRERINNEN IN WIEN

Am 17. und 18. Februar 2001 führte der *Mesopotamien Kultur- und Sportverein* in Wien eine Veranstaltung mit Musik, zweisprachigen Lesungen, Tanz, Kinderchor und Vorträgen durch.

Den Höhepunkt bildeten die Vorträge der zwei eingeladenen Referenten aus Schweden.

Der seit 30 Jahren in Schweden lebende assyrische Schriftsteller und Journalist Gabriel Afram referierte an beiden Tagen. Afram sprach über die Emigration der Assyrer in die europäischen Länder und deren Auswirkungen auf die assyrische Sprache; er warnte vor der Assimilation und bekräftigte die wichtige Rolle der Muttersprache in der kulturellen Identität. Die Meinung, das assyrische Alphabet sei durch das lateinische zu ersetzen, lehnte Afram strikt ab; denn gerade dieses Merkmal der Sprachidentität der Assyrer. Er ging in seinem Vortrag auch auf die Übersetzerrolle assyrischer Gelehrter in der Geschichte als Kulturträger zwischen Orient und Okzident ein. Den zweiten Teil seines Referats bildeten seine journalistischen Aktivitäten im Rahmen der internationalen Radiosendung für die Minderheiten in Schweden, die in acht Sprachen

moderiert wird und in der alle Minderheiten in Schweden je dreimal in der Woche darankommen.

Der zweite Vortragende war Abdullah Gürgün, ein türkischer Journalist, der ebenfalls seit 30 Jahren in Schweden lebt. Er sprach über die Assyrer in der Türkei und zeigte einen Dokumentarfilm über sie. Anhand eines weiteren Dokumentarfilms nahm Gürgün zu den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei Stellung.

Insgesamt 450 BesucherInnen bildeten das Publikum der zweitägigen Veranstaltung.

Yusuf Güney

WOHIN FÜHRST DU MICH, MEIN FUSS?



Foto: Mehmet Emir

Literatur der Roma stand im Mittelpunkt der Veranstaltung „Wohin führst du mich, mein Fuß?“, die am 19. März im Parlament in Wien stattfand und als ein Beitrag zum „Jahr der Sprachen 2001“ von der *Grünen Bildungswerkstatt* und der *Initiative Minderheiten* veranstaltet wurde.

Im Rahmen dieses Literatur-Events lasen die Roma-SchriftstellerInnen Ilija

Jovanović und Christine Sztubits aus ihren Werken (die deutsche Übersetzung wurde von Gerald Kurdoğlu Nitsche und Michael Wogg vorgetragen), Mišo Nikolić erzählte im Gespräch mit Thomas Busch aus seinem autobiographischen Werk *Landfahrer. Auf den Wegen eines Rom*.

Für einen musikalischen Rahmen der besonderen Art sorgte der bur-

genländisch-kroatische Komponist Hannes Laszakovits, der Gedichte von Ilija Jovanović vertonte und mit der burgenländisch-kroatischen Band „Konrad und die Buben“ und dem „Chor des Klubs slowenischer Studentinnen und Studenten in Wien“ zur Uraufführung brachte.

Sonja Zettinig

KARIBIK-TAGUNG IN WIEN

Die 7. Karibik-Tagung der *Gesellschaft für Karibikforschung* findet dieses Jahr (wieder) in Wien statt. Vorsitzender ist Prof. DDr. Werner Zips vom Institut für Ethnologie, Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien. Unter dem Titel „Caribbean Critical Cultures – Cultural Critiques“ wird sich die Tagung

heuer der Betrachtung der karibischen Kultur im Kontext europäischer Interventionen widmen – insbesondere vor dem Hintergrund des Völkermords an der indigenen Bevölkerung, der Versklavung von AfrikanerInnen, der kolonialistischen Ausbeutung und der postkolonialen/neoliberalen Unterordnung.

Das kulturelle Rahmenprogramm mit Konzerten und DJs sowie weitere Informationen über die Tagung können unter www.univie.ac.at/Caribbeanconference gelesen werden.

4.-7. Juli 2001

NIG, Universitätsstraße 7, 1010 Wien
red

DAS FEIERNDE THEATER VON ISABELLE RIEDL

Theater, kleine und große, haben es nicht leicht. Sie zittern um Subventionen und stehen untereinander in einem permanenten Konkurrenzkampf. Die Anfang des Jahres in Kraft getretene neue Künstlersozialversicherung bedeutet ein weiteres finanzielles Minus für viele Theaterleute. Diejenigen, die diesem Druck standhalten wollen, ringen um ihr Publikum: Plakate auf allen Ecken und Enden, Flugzettel, Pressemeldungen etc. Den Namen eines Theaters wird man darunter nicht finden: das *Lalish-Theaterlabor* von Nigar Hasib und Shamal Amin.

Die Räumlichkeiten sind beeindruckend: ein Seminarraum, ein Foyer und ein herrlich großer Saal, in dem nichts an ein konventionelles Guckkastentheater erinnert. Keine Rampe und kein Vorhang trennen die Akteure vom Publikum.

Ort kollektiver Zeremonien

Weit über 100 BesucherInnen aus den verschiedensten Ländern waren gekommen, und sie unterhielten sich angeregt miteinander. Ich fühlte mich zunächst etwas fehl am Platz, kannte ich doch niemanden. Diese Situation änderte sich schlagartig, als ich die LeiterInnen des Theaters kennenlernte, Nigar Hasib und ihren Mann Shamal Amin. Wir waren sofort per du. „Wir sind wie eine große Familie, und hier duzen sich alle“, erklärte mir Shamal. Ein Vortrag sowie eine Performance mit anschließendem Buffet waren geplant, und sie baten mich, danach noch zu bleiben, um mit ihnen gemeinsam zu essen und zu feiern. Ich blieb, lernte viele Menschen kennen, diskutierte und tanzte. Außerdem erfuhr ich einiges über Nigar und Shamal und ihre faszinierende Theaterarbeit.

1991 kamen Nigar, gerade Mutter geworden, und Shamal als kurdische Flüchtlinge nach Wien. Durch den Krieg hatten sie viele Freunde und Mitglieder aus ihrer 1985 gegründeten „Kurdischen Experimentellen Theatergruppe“

verloren. Es gelang ihnen, ihre künstlerische Tätigkeit in Europa fortzusetzen sowie an der Universität Wien Theaterwissenschaft und Sozial- und Kulturanthropologie zu studieren. „Heute fragen mich viele, wie es mir gelungen ist, in einem fremden Land zu studieren, zu arbeiten und gleichzeitig Mutter zu sein“, erzählt Nigar.

1998 folgte die Gründung des *Lalish-Theaterlabors* in Wien, wodurch die in Kurdistan begonnene Theaterarbeit ein neues Zuhause bekam. „Lalish ist der Ort, das Tal, in dem eine Reise von der inneren Dunkelheit zu dem hellen Licht unternommen wird. Eine Reise, in der wir die Möglichkeit haben, kollektive Zeremonien zu erleben. So wollen wir uns versammeln und begegnen. Lalish ist ein Tal, ein Tal der Wiedergeburt.“ So steht es im Konzept des *Lalish-Theaterlabors*, das sich als Zentrum für Ritualforschung und Performancearbeit versteht. Regelmäßig finden „Interkulturelle Dialoge“ in Form von Vorträgen statt, die westliche mit nicht-westlichen Theaterinteressierten zusammenführen. „Es ist sehr spannend, wie Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen über ein bestimmtes Thema diskutieren, es eröffnen sich die unterschiedlichsten Perspektiven. Deshalb referieren viele Künstler und Wissenschaftler sehr gerne bei uns“, meint Nigar stolz.



Nigar Hasib in Aktion

Foto: Lalish

Der feierliche Körper

Die Performance-Projekte, die oft auch mehrere Tage in der Natur stattfinden können, seien kaum mit einem „klassischen Theater“ zu vergleichen. Ziel dabei ist die Schaffung eines „anwesenden Körpers in Raum und Zeit“ mittels Erforschung der Körper- und Stimmtechniken nordmesopotamischer, ost- und südostanatolischer sowie westlicher Performance-Kultur. Neue Performancewege sollen dadurch eröffnet werden.

Hier gibt es keine fixierten Rollen, keinen vorgefertigten Text und keinen delegierenden Regisseur. Die „heiligen“ Grenzen zwischen Bühne und Zuschauerraum werden aufgelöst. „Wir verwenden den Begriff ‚Feiernder‘ anstelle von ‚Schauspieler‘. Und die Suche nach dem feierlichen Körper ist ein Versuch, jede Grenze im Theater aufzulösen. Denn ein Feiernder repräsentiert niemand anderen als sich selbst, er spielt nicht, sondern vollzieht“, so Shamal. Einen wesentlichen Einfluß auf Shamals und Nigars Arbeit hat die alte kurdische Tradition des Diwachans. „Diwachan ist ein Zimmer, aber ein bestimmtes, etwa jenes vom Dorfältesten. Hier treffen sich Leute, vor allem im Winter, um übers Leben zu reden, um Geschichten zu erzählen, zu singen und Gedichte vorzutragen. Sie bilden einen Kreis um den Erzähler, Dichter oder Sänger, sie essen und trinken, genauso wie wir es im Lalish-Labor tun“, erzählt Nigar, die ihre Gäste telefonisch zu den Lalish-Abenden einlädt und ihnen damit das Gefühl gibt, Freunde zu sein.

Jeden Tag wird in der Gruppe an Körper und Stimme gearbeitet; es entwickeln sich Improvisationen und Aktionen – Impulse für zukünftige Projekte. Jeder kann an diesen Körperarbeiten teilnehmen, denn „die Tür ist bei uns für jeden geöffnet“, so Shamal.

Für alle, die Genaueres über die Lalish-Theatermethode wissen wollen, gibt es eine aktuelle Zeitschrift, in der Nigar und Shamal ausführlich über ihre Arbeit berichten. Dennoch: Lalish muß man gesehen und erlebt haben.

Kontakt:

Lalish-Theaterlabor,
Gentzgasse 62, 1180 Wien
Tel. & Fax: (01) 478 06 09

DER ZUSAMMENGEKLEBTE BLEISTIFT VON ISABELLE RIEDL

Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, ein trauriges Datum in der europäischen Geschichte. Die „Reichskristallnacht“, jene zynisch verharmlosende Bezeichnung der NS-Propaganda für das großangelegte Pogrom gegen jüdische BürgerInnen, machte auch in Graz nicht halt. Erster Angriffspunkt war die Grazer Synagoge, die völlig zerstört wurde.

Am 9. November 2000, 62 Jahre später, wurde in Graz eine neue Synagoge eröffnet. Dieses Datum gilt auch als die Geburtsstunde des neuen *Jüdischen Theaters Austria* (JTA), das sich zunächst mit einer Vortragsreihe der Öffentlichkeit in Graz, Innsbruck und Wien präsentiert. Als Gastreferent ist Robert Skloot geladen, Regisseur und Professor für Theater und Drama in den USA und der führende Experte auf dem Gebiet des „Theaters des Holocausts“.

Gebrochenes wird geklebt

Skloot ist wie viele andere auch Mitglied und Berater des JTA. Die Mitgliederliste liest sich wie eine Unterschriftenkampagne, welche die Existenz eines jüdischen Theaters in Österreich fordert. Oberrabbiner Eisenberg, Ariel Muzicant, Simon Wiesenthal, die Kardinäle Schönborn und König und viele andere Personen aus dem In- und Ausland, Juden und Nichtjuden, finden sich darunter. Und das hat seinen Grund: Die jüdische Kultur soll nicht nur auf anspruchsvolle, künstlerische Weise vermittelt werden, sondern es sollen auch Freundschaften zwischen Juden und Nichtjuden aufgebaut werden. Als Symbol und Logo fungiert dabei ein zerbrochener, zusammengeklebter Bleistift. „Zerbrochenes zusammenfügen, wieder anknüpfen, dort wo kreatives Leben ausradiert wurde, neue Wege finden, wo alte gebrochen wurden“, so formuliert Warren Rosenzweig, künstlerischer

Leiter und Intendant des JTA, seine Intentionen für die Zukunft und erinnert dabei an die rege jüdische Theaterzene in Österreich vor 1938. Der in New York geborene Regisseur, Bühnenautor und Schauspieler Rosenzweig versteht das JTA dabei als „Antidot gegen wiederkehrende Stimmungen der Intoleranz und deren Verharmlosung in der österreichischen Gesellschaft“. Die bloße Existenz einer Synagoge könne Unwissen über die jüdische Kultur nicht beseitigen. Diese könne nur dann verstanden werden, so Rosenzweig weiter, „wenn Nichtjuden das Gefühl haben, an dem oft verborgenen jüdischen Leben aktiv teilhaben zu können“ – wie etwa im Theater, das er als dynamischen, zwischenmenschlichen Kommunikationsprozeß und als Ort für Ideen, Emotionen und Erfahrungen versteht.

Gelesene Premiere

In diesem Sinne ging auch die erste Aufführung des JTA am 16. Dezember 2000 über die Bühne. Schauplatz war das *Theater des Augenblicks*, mit dem das JTA auch in Zukunft kooperieren möchte. „Weismann und Rotgesicht“ von George Tabori stand auf dem Programm, konzipiert als „Staged Reading Performance“, bei der die SchauspielerInnen, mit dem Manuskript in der Hand, das nur kurze Zeit geprobte Stück dem Publikum präsentierten. Im Anschluß daran fand eine moderierte Diskussion zwischen den Akteuren und dem Publikum statt. Die Zu-

schauserInnen bekamen die Möglichkeit, Kritik zu äußern, Anregungen zu geben und Fragen zu stellen – alles Hilfen für den weiteren Entstehungsprozeß einer Inszenierung. Ein Gast fragte: „Worauf bezieht sich das Jüdische im Theater, auf die Themen, den Autor, die Schauspieler, das Publikum?“ Der Zuschauer hätte sich die Frage bereits selbst beantwortet, konterte Rosenzweig, was er genauer begründete.

Das JTA ist ein Wandertheater, von und für Juden und Nichtjuden. Für jedes Jahr sind eine Haupt- und eine Nebenproduktion geplant, mit denen das Ensemble im In- und Ausland gastiert. Bei der Hauptproduktion handle es sich, so Rosenzweig, um Theaterstücke und Musicals über jüdische Themen, in der Regel von jüdischen AutorInnen oder KomponistInnen, welche die jüdische Identität, religiöse Philosophie, das Leben in der Diaspora und die Beziehung zwischen Juden und Nichtjuden beschreiben. Die Nebenproduktionen präsentieren vor allem zeitgenössisches Theater: Dramen, Tanztheater, Kabarett, experimentelles Theater und Performance Art von jüdischen AutorInnen bzw. KünstlerInnen.

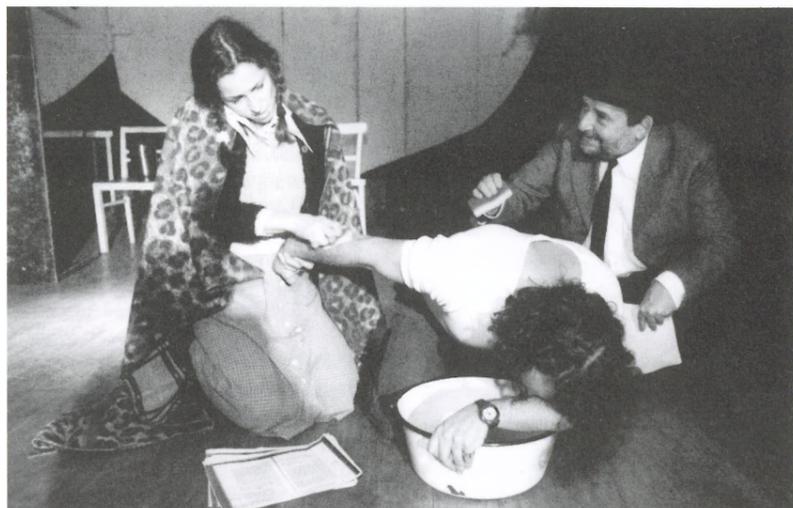
Purim in der Synagoge

Das JTA ist gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde Veranstalter des Purimfestes, das am 8. März erstmals unter Teilnahme zahlreicher kostümierter KünstlerInnen und BesucherInnen in der Wiener Synagoge stattfand. Mit dem Purimfest wird der Errettung der persischen Juden durch Esther, der Frau des persischen Königs Xerxes I., gedacht. Das am 14. und 15. Tag des jüdischen Monats Adar im Frühjahr ausgerichtete Fest wird mit Essensgeschenken an Nachbarn und Freunde, dem Verteilen von Almosen und dem Singen von Texten aus dem Buch Esther gefeiert. Mit den Maskeraden, Aufführungen und dem Trinken von Wein „selbst in der Synagoge“ ist das Purimfest der vielleicht ausgelassenste Tag des jüdischen Jahres.

Gemäß den Intentionen des JTA nahmen Juden und Nichtjuden am Purimfest teil und feierten viele Stunden miteinander.

Kontakt:

Jüdisches Theater Austria
Kindermannsgasse 21, 8020 Graz
Tel. & Fax: (0316) 76 01 46
e-mail: JTA@chello.at



„Weißmann und Rotgesicht“ von G. Tabori

Foto: Jörg Stadler

DER SCHWANGERE PAPST UND DER AUSLÄNDER

die bösen MädCHen: Ausländer

CD Extraplatte EX 420-2

Was haben ein schwangerer Papst und ein Ausländer gemeinsam? Sie sind – wenn auch unterschiedliche – Konstrukte der Sprache und als solche Themen zweier Songs auf dem vorliegenden Tonträger.

Wir singen für die Verlorenen für die im Dreck ganz frisch Geborenen die nichts zählen und nie erben die in uns'ren Wüsten sterben

Solche und ähnliche Texte, die an die Protest-Song-Bewegung der späten sechziger und siebziger Jahre erinnern, vertont und arrangiert in verschiedensten Stilrichtungen – von der Neuen Deutschen Welle über Pop bis hin zu Ethno – und zumeist unisono-choral gesungen: So kann die „Projekt“-CD mit dem programmatischen Titel *Ausländer* beschrieben werden. Womit aber sehr wenig über das „Projekt“ selbst gesagt wäre.

Zwölf Mädchen und junge Frauen zwischen 7 und 25 aus Deutschland stimmen Lieder an, die im Zuge von Workshops über Migration, Fremdheit und 68er

Generation entworfen und in Klang gesetzt werden. Sie singen über das „Helfersyndrom“ im Falle eines in Zweierbeziehung ausgelebten Suchtproblems; über die Soldaten, die leise sein sollen, damit die Kinder schlafen können; über den Papst, der durch seine unerwartete Schwangerschaft den Vatikan ins Chaos stürzt; über die „Kulturindustrie“ samt Nutella und Bild-Zeitung; über den Wunsch, ein Dollar zu sein, um überall auf der Welt als willkommenen Gast zu gelten; und schließlich über „Ausländer“ – ein Lied, das Fremdzuschreibungen ad absurdum führt: *hey Merhaba, Ausländer, das sind wir, heißt es darin, und dann: hey Deutschland, was wird dir angetan / treib sie fort – auch sie sind fremd*. Freche, liebevolle, blumige und kluge Lieder; meisterhaft eingespielt von – offensichtlich – Profi-Studio-MusikerInnen, die im CD-Booklet nicht namentlich erwähnt werden, und voller Engagement gesungen von jungen und jüngsten Mitgliedern einer europäischen Gesellschaft, deren Kälte und

Lügen sie offenbar am eigenen Körper spüren und daher ohne das Weltschmerz-Pathos kritischer Pop-Barden zu entlarven wissen.

Der österreichischen *Extraplatte* ist für die Produktion dieses Berliner Projektes zu danken – ganz im Sinne der „bösen MädCHen“, die sich – laut Begleittext – in allen Städten Europas weitere „bösen Mädchen“ wünschen.

mh



HAND IN HAND MIT DER „LEITKULTUR“?

Nico J. Berger, Antke Engel, Corinna Genschel, Sabine Hark, Eva Schäfer (Hg.):

Queering Demokratie. Sexuelle Politiken

Quer Verlag: Berlin 2000; 160 Seiten, öS 218,-



Im Oktober 1998 fand in Berlin der Kongreß „Queering Demokratie. Sexualität – Geschlecht – BürgerInnenrechte“ statt. Die nun vorliegende Dokumentation ist inspirierend für alle, die mit „Minderheitenpolitik“ zu tun haben. Für AktivistInnen, die sich politisch zentral für Gleichbehandlung und Anti-Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgenderpersonen einsetzen, leistet sie jene kritische Reflexion und Reparatur des Komplexitätsgrades, die bei der Reduktion von sexuellen Politiken auf „öffentlichkeitswirksame Formeln“ ständig auf der Strecke bleiben.

Zehn Frauen, mehrheitlich mit sozial- und geisteswissenschaftlichem Hintergrund, und der Soziologe David T. Evans als einziger Mann, stellen vorherrschende Integrationsstrategien „sexueller Minderheiten“ auf den Prüfstand. Stück für Stück legen die Beiträge Problemzonen und Paradoxien der Einforderung von schwul-lesbischen BürgerInnen- und Menschenrechten bloß. Durchgängig ist die Kritik an den Ein- und Ausschlüssen und der Nicht-antastung männlicher weißer kapitalistischer und hetero-sexistischer Privilegien, mit denen der – mehrheitlich von schwulen Männern angeführte – Kampf um gesetzliche Anerkennung und staatlichen Schutz so oft einhergeht: in bester Harmonie mit konservativer Wert- und neoliberaler Welt- und Hackordnung.

Maria del Mar Castro Varela und Encarnacion Gutierrez Rodriguez legen in ihrem Beitrag über „Queer Politics im Exil und in der Migration“ den Finger mitten in die Wunde solcher Bürgerrechtspolitik. Die „Härtetests“, die eine asylsuchende lesbische Frau aus dem Iran in Deutschland zu bestehen hat, bevor der Staat ihr Schutz zubilligt, sprechen Bände über die herrschende „Leitkultur“. Das Ausmaß der Ambiguitäts-Intoleranz, mit

der die Gesellschaft auf der „sauberen“, „ordentlichen“ Eindeutigkeit zweier Geschlechter besteht, ist bei Corinna Genschel nachzulesen. Sie analysiert die Urteilsfindung amerikanischer Gerichte bezüglich Mann-zu-Frau- und Frau-zu-Mann-Transgender. Zugleich entlarven ganz besonders diese Beispiele den heterozentrisch-sexistischen Normkodex, der hinter den Konstrukten von *männlich* und *weiblich* steht.

Konkret widmen sich die Beiträge in *Queering Demokratie* Integrationspolitiken der 90er Jahre in Deutschland, Großbritannien, Kanada und den USA. Schade, daß nicht auch Erfahrungen aus europäischen Pionier- und „Muster“-Ländern der homo- und transsexuellen Gleichberechtigung analysiert wurden; namentlich: die Niederlande, Dänemark, Norwegen, Schweden und auch – hierzulande vielleicht weniger bekannt – Spanien. Dies bleibt von einem Folgebund zu wünschen. Und auch: die „Antworten auf die in der Kontroverse aufgeworfenen Fragen“, die sich Mitherausgeberin Nico Beger im Schlußwort „von zukünftigen queeren, postkolonialistischen und feministischen Rechtsdebatten“ wünscht.

Helga Pankratz

SISYPHUSARBEIT IN SACHEN ANTIRASSISMUS

Josef Berghold / Elisabeth Menasse / Klaus Ottomeyer (Hg.): *Trennlinien. Imagination des Fremden und Konstruktion des Eigenen*
Drava Verlag: Klagenfurt/Celovec 2000; 272 Seiten, öS 358,-



Zwei Beiträge, die auch die redaktionelle Klammer des Buches bilden, machen den vorliegenden dritten Band zum Forschungsschwerpunkt „Fremdenfeindlichkeit“ des österreichischen Wissenschaftsministeriums aus dem Jahr 1995 besonders lesenswert. Zum einen Klaus Ottomeyers Überblick über die gängigsten Identitätstheorien, in dem er empfiehlt, neben dem Sozialen und dem Ethnischen auf jeden Fall auch den Zustand der Arbeitsbeziehungen von Menschen in die Analyse ihrer Identitätssituation und Identitätsstörungen miteinzubeziehen, zumal „in der demagogischen Ethnisierung der industriegesellschaftlichen Identitätsprobleme (...) den Individuen, die nach Bestätigung und Verbundenheit suchen, als Ersatz der Verschönerungsspiegel einer einfachen und überlegenen ethnischen Zugehörigkeit hingehalten (wird)“.

Ottomeyer weist damit in eine Richtung, die etwa Jean Zieglers fundamentale Kritik am neoliberalen Wirtschaftssystem anklingen läßt und die gerade im europäischen Rassismuskurs präsent sein sollte: daß der Neoliberalismus Rassismus und Rechtsradikalismus geradezu bedingt. Es ist müßig, auf die Verschränkung von Wirtschaft und Politik hinzuweisen, doch dürfte darin eine der Ursachen liegen – und das ist die andere hervorzuhebende Anregung in diesem Band –, warum in Österreich die Ressourcenausstattung für politische Arbeit gegen Rassismus alles andere als umfangreich und noch dazu von staatlichen Subventionen anhängig ist, wie Görg und Pühretmayer in ihrem Beitrag über antirassistische Initiativen in Österreich fest-

stellen. Stärker beachtet werden sollte auch ihr Hinweis, es sei unter den in diesem Bereich tätigen NGOs gar nicht selbstverständlich, daß rassistisch diskriminierte selbst die zentralen Sprechpositionen einnehmen und ihre Interessen ohne StellvertreterInnen artikulieren. Angesichts des verbreiteten Glaubens an die gesellschaftliche Unbedenklichkeit globaler Wirtschaftsstrukturen und der diagnostizierten Bevormundung der vom Rassismus Betroffenen scheint sich antirassistisches Engagement tatsächlich als Sisyphusarbeit zu erweisen, auch im wissenschaftlichen Bereich.

Die zehn weiteren Beiträge, in denen die neuere (politische) Entwicklung nicht mehr berücksichtigt werden konnte, bringen überwiegend Resultate empirischer Studien, die, wie es einleitend heißt, mit unterschiedlichen disziplinären Zugängen den Fragen nachgehen wollen, wie sich die Konstruktion von Identitäten vollzieht, wie die Grenzbeziehungen zwischen dem Eigenen und dem Fremden verlaufen, welche Abgrenzungsstrategien verwendet werden, wer die Kriterien für Ein- und Ausschlüsse festlegt und welche psychischen, sozialen oder politischen Funktionen diese Abgrenzungen erfüllen. Dabei interessierte die HerausgeberInnen besonders, „welche Rolle in diesem Zusammenhang ethnische, nationalistische, rassistische, aber auch antirassistische Komponenten spielen und welchen Stellenwert sie im Vergleich zu anderen identitätskonstituierenden Elementen wie Geschlecht, Klasse, Arbeit, Religion, Kultur oder Bildung haben“.

Schlußendlich geht es in den Beiträgen aber primär um die Überwindung der konstatierten oder als imaginär qualifizierten Trennlinien zwischen InländerInnen und AusländerInnen, Eigen- und Fremdbild im gesellschaftlichen Kontext. Die Vorschläge dazu sind vielfältig. Und sie lassen zum Teil auch implizit oder explizit die gewählten Forschungsansätze hinterfragen. Çınar/Gürses/Herzog-Punzenberger/Reiser/Strasser meinen etwa, die Forschung sollte, um die Ergebnisse der Untersuchungen im Bereich der Identitätsforschung nicht vorwegzunehmen, auf der metareflexiven Ebene vielleicht ganz ohne die politisch folgenreichen Konstrukte von Identität auskommen, also „beyond identity“ blicken. Eine verfolgenswerte Überlegung, auch auf diskursiver Ebene, ist

doch der Begriff Identität im Alltag so beliebig verwendbar, daß er nicht nur als wandelbares Konstrukt begriffen, sondern auch als vor Veränderungen zu schützendes, kollektives Gut instrumentalisiert werden kann.

Die antirassistische Forschung befindet sich in einem offensichtlichen Dilemma. Sie befaßt sich mit gesellschaftlich höchst relevanten Fragen, hat aber kaum gesellschaftliche Relevanz. Die rein analytische Arbeit läuft wiederum irgendwann Gefahr, zynisch zu wirken, wenn sie etwa die Funktionsweise von Rassismen immer besser erklären kann, die Fremdenfeindlichkeit aber real zunimmt und die Betroffenen immer noch selten ihre Interessen selbst vertreten können. Nach der Verschärfung der Fremden- und Asylgesetze, dem Schengener Abkommen, der politisch bereits wirksamen Angstmasche vor den Folgen einer Osterweiterung, dem vorangegangenen und dem jüngsten Wiener Wahlkampf und angesichts neuester Umfragen, die eine Zunahme an rassistischen Einstellungen, der Intoleranz und der Ablehnung gegenüber ZuwanderInnen und einer kulturell vielfältigen Gesellschaft hierzulande glaubhaft machen, drängt sich die Frage auf: ob die an sich notwendige Forschungsarbeit gegenwärtig nicht allzu leicht auch dem Beschönigen der industriegesellschaftlichen Identitätsprobleme im Sinne Ottomeyers bzw. einer auf Eigenlob und Selbstbestätigung basierenden Politik dienlich gemacht, sonst aber übergangen werden kann. Österreichs wohl bemerkenswertester politischer Beitrag zum Thema Antirassismus bestand zuletzt nicht gerade in der Umsetzung integrativer Maßnahmen, sondern im Verweis auf den Rassismus in anderen Ländern.

Der wissenschaftliche Antirassismuskurs wird in Zukunft noch bereiter und kontroversieller zu führen sein. Auch sollte verstärkt danach geforscht werden, wer von den Ängsten und Konflikten unter der Wohnbevölkerung profitiert. Einige Beiträge – neben den bereits genannten gilt dies insbesondere für die psychologische Analyse des Fremdiskurses im Parlament von Lischke und Krause – zeigen auf, wie der Diskurs belebt, lebensnah und realpolitisch relevanter gestaltet werden kann – in einem Sammelband, der im übrigen seine Leserschaft eher in Fachkreisen finden dürfte.

Andreas Leben

KOMMISSION ZUR EINDÄMMUNG VON KOMMISSIONEN

Ernst Frey: *Vietnam, mon amour. Ein Wiener Jude im Dienst von Hồ Chi Minh*
Hrsg. von Doris Sottopietra
Czernin Verlag: Wien 2001; 340 Seiten, öS 289,-

Es ist eine Phrase, aber manchmal geht es nicht ohne sie: Es gibt Geschichten, die nur das Leben schreiben kann. Wie die des 1915 in Wien geborenen Ernst Frey, der als junger Linker einen monarchistisch eingestellten Ex-Major der Habsburger-Armee zum besten Freund hatte, als pazifistisch Gesinnter bei der Fremdenlegion landete und nach der Flucht aus der Söldnertruppe in Vietnam diese als Vertrauensmann des kommunistisch dominierten Viêt Minh bekämpfte – und am 25. Mai 1951 auf dem Flughafen in Bad Vöslau landete, um hinfür in Wien bis zu seinem Tod 1994 ein „bürgerlich normales“ Leben zu führen.

Was mag er 17 Jahre später gedacht haben, als im unruhigen Jahr 1968 aufmüpfige Studenten unter stakkatoartigen „Hô-Hô-Hô-Chi-Minh!“-Rufen über die Straßen hüpfen. Vielleicht ist er am Gehsteig gestanden, als die meist aus bürgerlichen Familien stammenden Demonstranten ihm ihr übliches Sprüchlein zuriefen: „Bürger, laßt das Glotzen sein. Reiht euch ein in unsre Reih'n!“ Und hat kurz gelächelt. Und ist nach Hause gegangen, mit dem festen Entschluß, ein Buch über sein ereignisreiches Leben zu schreiben.

Zu seinen Lebzeiten ist dieses Ziel nicht ganz erreicht worden. Nach seinem Tod fanden Angehörige 1200 engbeschriebene Seiten, die nunmehrige Herausgeberin Doris Sottopietra, an die sich Freys Töchter wandten, mußte erst die autobiographische Erzählung aus einer fiktiven Rahmenhandlung herauschälen, außerdem waren die Namen zahlreicher Personen (die ja zu dieser Zeit noch lebten) verfälscht. Sottopietra unterzog sich dieser Heidenarbeit, wofür ihr ausdrücklich zu danken ist, vom editorischen Standpunkt allerdings bleiben einige Fragen offen – einige Sprünge im zeitlichen Ablauf waren nicht zu vermeiden, der Fluß der Erzählung scheint an manchen Stellen unterbrochen zu sein und anderswo wieder aufgenommen zu sein, und irgendwie bedauert man, daß sich Frey je-

des aktuellen Kommentars (zu Verlauf und Ende des Krieges der USA gegen Vietnam, die zentrale Rolle dieses Krieges für die 68er-Revolution etc.) enthält, auch wenn dies natürlich zu respektieren ist. Diese Vita ist auch so erstaunlich genug.

Das Buch besteht eigentlich aus drei Großbetappen: Kindheit und Jugend im nachhabsburgischen (erst demokratischen, dann ständestaatlichen) Österreich; die Flucht vor den Nazis mit der Absicht, nach Spanien zu gelangen und dort zu kämpfen; der anticolonialistische Befreiungskrieg an der Seite des Viêt Minh – unter dem Nom de guerre Nguyễn Dân. Und jeder dieser Abschnitte wäre wohl ein eigenes Buch wert.

So etwa erscheint mir auch die Schilderung der Kindheit in der jungen, ihrer selbst unsicheren Ersten Republik äußerst gelungen, die von der Habsburgervergangenheit überwölbt tastenden Schritte in die Zukunft. Dann das Auseinanderdriften der Lager: das Naschen an der autoritären Versuchung bei den Konservativen, der Verbalradikalismus bei der Sozialdemokratie (der nach 1934 durch das Ausbleiben von Aktionen Jugendliche wie Ernst Frey zu den Kommunisten brachte), das Einsickern des NS-Giftes in immer mehr Leute. Frey will dagegen ankämpfen.

Vor allem nach dem Einmarsch der deutschen Truppen im März 1938. Doch in Österreich sieht er keine Chance, so will er in Spanien mit den Internationalen Brigaden gegen Franco-Truppen ins Feld ziehen. Dorthin wird er nie kommen, selbst das Verlassen Österreichs gelingt ihm erst im zweiten Anlauf. Über die Schweiz gelangt er nach Frankreich. Hunger und der Plan, so gegen Nazideutschland zu kämpfen, bringen ihn zu der Fremdenlegion nach Afrika. Im Zweiten Weltkrieg meldet er sich dann für den Einsatz in Indochina – in der Hoffnung, das Schiff würde auf der Reise von den Briten gekapert. Eine Hoffnung, die sich nicht erfüllt.

In Vietnam gründet er eine kommunistische Zelle in der Legion, kommt in Kon-



takt zum Viêt Minh, wechselt die Seiten und wird zu einem wichtigen militärischen und politischen Berater der Befreiungsbewegung, mit engen Kontakten zu deren Führern wie Hồ Chi Minh und Giap. Dann tauchen für Frey, mittlerweile Oberst Nguyễn Dân, erste Zweifel am politischen Kurs auf, und bei einem Parteitag verschwimmen ihm die Fahnen des Viêt Minh mit denen der Nazis. Da weiß er: Es ist Zeit, nach Österreich heimzukehren: „Immer unheimlicher wurde mir das Land, vor allem die Reisfelder, die zahllose Tote in sich begraben hatten. Überall waren Gräber, das Land glich einem überdimensionalen Friedhof, und ich wollte ihm entkommen“ – so schildert Frey einen seiner Alpträume.

Ein Lebenslauf, der schon in der ersten Hälfte erstaunliche Wendungen, Windungen und Abweichungen genommen hat, mit zahlreichen Katastrophen (nach seiner Heimkehr nach Wien erfährt Frey, daß die geliebten Eltern im KZ verschwunden sind) – und dennoch berichtet Frey häufig mit einem feinen Humor. Etwa, wenn er seinen ironischen Vorschlag erzählt, die in Vietnam herrschende Kommissionitis mit einer Kommission zur Eindämmung von Kommissionen zu bekämpfen – und dieser Gedanke wird dann ernsthaft erwogen. Trotz mancher Brüche: ein spannendes, faszinierendes, lesenswertes Buch.

ed

DIE KINDER DER KINDER VON BAHNHOF ZOO

Karen-Susan Fessel: *Steing Gesicht*
Verlag Oetinger: Hamburg 2001; 175 Seiten, öS 161,-

Leo ist fünfzehn und ziemlich cool. Weil sie sich ihre Gefühle nie anmerken läßt, wird sie von ihrer Tante Steing Gesicht genannt. Steing Gesicht hat ein hartes Leben hinter sich. Ihre Mutter ist gestorben, und ihren Vater hat sie mit acht das letzte Mal gesehen. Als sie von Berlin zu ihrer Tante in die Kleinstadt

zieht, ist sie mit allen fertig: ihrer drogenabhängigen Mutter, Sozialarbeiterinnen in Batikkleidern und Gesundheitssandalen, Pflegefamilien, die nach außen heile Familie spielen. Schwierigkeiten in der neuen Schule hat sie auch, und langsam merkt sie, daß Davonlaufen nicht hilft. Sie findet eine Freundin, und

dann ist da noch dieses Mädchen mit den dunklen Haaren, das sie manchmal im Schulhof sieht ...

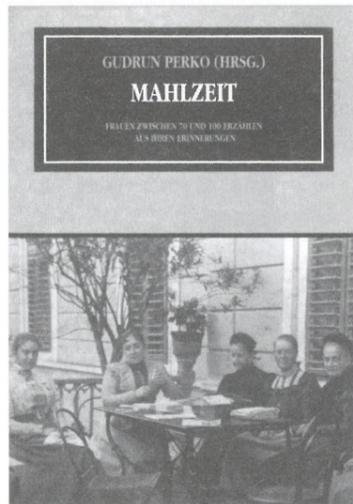
Ein Jugendbuch für junge Lesben und alle, die sich eine Liebesgeschichte auch jenseits von Frau-Mann-Beziehungen vorstellen können.

Elisabeth Malleier

WAS SOLL ICH KOCHEN?

Gudrun Perko (Hg.): Mahlzeit. Frauen zwischen 70 und 100 erzählen aus ihren Erinnerungen

Reihe DOKUMENTATION Band 20, Milena Verlag: Wien 2000; 503 Seiten, öS 291,-



Die Zutaten: Kondensmilch. Die Vorgabe: ein üppiges Gericht für zwei sehr hungrige Personen. Schwierig? Nun denn: Frau schütte die Kondensmilch auf ein Backblech, schiebe dies ins Backrohr und das Ergebnis: Karamel, nicht wirklich ein üppiges Mahl, aber immerhin, und nicht nur Hunger ist eben doch die beste ... Sie wissen schon.

Durch die große Auswahl können heutzutage auf die Frage „Was soll ich kochen?“ fast unerschöpflich viele Antworten gegeben werden; zwischen 1918 und 1950 erwies sie sich als wichtiger Bestandteil des täglichen Überlebens. Rationierte Lebensmittel, die eine ausreichende Ernährung in keiner Weise gewährleisten, die permanente Suche nach begehrten – vitaminreichen –

Tauschobjekten und nicht zuletzt der Einfallreichtum, mit fast nichts für sich und andere sehr viel Eßbares zustande zu bringen, schafften für Frauen Anforderungen und Bedingungen, die Erstaunliches hervorbrachten und gerade heute neugierig machen.

Mahlzeit bietet Einblicke in den Lebensalltag Wiener Frauen: Sie sind zwischen 70 und 100 Jahre alt und erinnern sich an Kochrezepte, wurmige Erbsen, an heitere und tragische Geschichten, und die/der LeserIn bekommt Alltagsgeschichte in kleinen Häppchen serviert. Frauen haben hier ausschließlich das Wort und zeigen eindrucksvoll, woraus Geschichte eigentlich gemacht wird. Eine sehr empfehlenswerte Lektüre.

Ursula Hermann

VOM ÜBERLEBEN UND WEITERLEBEN

Mongo Stojka: Papierene Kinder.

Glück, Zerstörung und Neubeginn einer Roma-Familie in Österreich

Molden Verlag: Wien 2000; 256 Seiten, öS 328,-

„Karl Stojka erzählt ohne Haß, aber auch ohne Schonung, und verdichtet seine Erinnerungen zu berührender, radikaler Wirklichkeit.“ Selten kann man einem Klappentext so unumwunden zustimmen. Mongo Stojka erzählt aus seiner Familiengeschichte, von seinen Großeltern, Eltern, der Geburt der Geschwister und dem Leben der Roma vor dem Krieg; beinahe könnte man von einer idyllischen Kindheit sprechen.

Beginnend mit 1938 verschwanden immer mehr Roma in den Konzentrationslagern, was den Kindern nicht verborgen blieb, doch erklären konnten sie es sich kaum – bis eines Tages die Wohnwagen auf der Hellerwiese, seit dem 18. Jahrhundert das Sommerlager von bis zu 80 Familien, leer waren. Die Familie Stojka hatte einen festen Wohnsitz und wurde

deshalb erst relativ spät, 1943, nach Auschwitz deportiert. Stojkas Schilderung des Konzentrationslagers ist ein einziges Ringen um Worte, die das Erlebte fassen könnten. Es gelingt nur mühsam und bildet die erschütternden Abschnitte: das Sterben der Geschwister, der Verwandten, der Überlebenskampf im Lager. Dennoch gibt diese Autobiographie Antworten, wie und warum ein Überleben und Weiterleben möglich war.

Eine besondere Qualität des Buches ist, daß bewußt der Erzählstil Mongo Stojkas beibehalten wurde. Geschichten, Gedichte, Anekdoten, Berichte und Photographien – zum Teil aus Gestapo-Akten – erzeugen in ihrer Aneinanderreihung eine besondere Authentizität. Der Widerspruch zwischen der einfachen, teilweise mär-

chenhaften und humorvollen Sprache Stojkas und dem, wovon er berichtet, stößt die LeserInnen auf die Grenzen des Faßbaren.

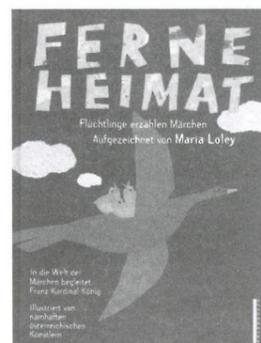
Von der über 200 Köpfe zählenden Großfamilie haben nur wenige die Konzentrationslager und Todesmärsche der Nazis überlebt, einzig die Mutter und fünf halb-wüchsige Kinder; dennoch ist Mongo Stojkas Autobiographie *Papierene Kinder* vor allem ein Dokument des Weiterlebens. Heute zählt die Familie wieder zahlreiche Mitglieder, unter ihnen bekannte VertreterInnen der österreichischen Kunstszene. Die Geschwister Mongo, Ceija und Karl Stojka haben mit ihrem künstlerischen Schaffen und ihrem Engagement die toten und überlebenden Opfer des Nationalsozialismus vor dem Vergessen bewahrt.

Anita Konrad

DER ERDVERBUNDENE DRACHE

Ferne Heimat. Flüchtlinge erzählen Märchen. Aufgezeichnet von Maria Loley

Verlag Holzhausen: Wien 2000; 72 Seiten, öS 220,-



Märchen erzählt bekommen ist manchmal wie Drachen steigen lassen: Der Phantasie wird freier Lauf gelassen, und doch – der Bindfaden führt und gibt die Richtung vor. Und so öffnen Fabelwesen und Wunder einen dem Alltag ferneren Blick auf Irreales, Häßliches und Schönes und auf die verbindliche Regel, daß das Gute siegt und das Böse zugrunde geht. Wie der König im armenischen Märchen „Die Lüge“. Überheblichkeit wird bestraft, der

schlaue Bauer aber hat für den Rest seines Lebens ausgesorgt.

Der Wunsch nach Klarheit und nach Eindeutigkeit ist umso größer, je uneindeutiger die eigene Situation ist. Maria Loley kommt dieser Sehnsucht nach und läßt Kriegsflüchtlinge aus aller Welt Märchen aus der Heimat erzählen. Das Ergebnis: Ein bemerkenswertes Buch mit sehenswerten Illustrationen österreichischer KünstlerInnen.

Ursula Hermann

IM MAI 2001

Schwer hat man es als Vertreter einer Minderheit heutzutage, wenn die Leute von der anderen Fraktion, mit der wir eine Mehrheit bilden, partout nicht einsehen wollen, daß das zu geschehen hat, was in unserem Parteiprogramm steht. Da hat zum Beispiel der Chef gerade gefordert, daß das Amt des Bundespräsidenten abgeschafft wird.

Ich hab mir das schon schön vorgestellt, wie Thomas der Letzte aus seiner Hofburg tritt und noch einmal resigniert zurückschaut, aber da wachelt schon der Portier mit den Armen und scheucht ihn mit den Worten: „Gemma, gemma, koit is net! Der Herr aus Kärnten will gleich in das Haus einziehen!“ auf den Ballhausplatz hinaus, wo höchstens ein versprengtes Häufchen von Donnerstagsdemonstranten dem Abgetretenen schüchtern applaudiert. Vielleicht sagt er noch, wie der Chef nach dem Rücktritt als Kärntner Landeshauptmann aund der Klima bei unserer Regierungsübernahme: „Paßt mir gut auf das Land auf!“ Aber dann ist der Spuk vorbei, Programmpunkt abgehakt.

Aber leider! Da hat wahrscheinlich die Benita Ferraro-Roscic, die ja jetzt schon überlegt, welches zuckerrosa Kleid und welche angedeuteten Stöckelschuhe sie bei der Angelobung zur nächsten Bundespräsidentin tragen soll, beim Kanzler angerufen und sich ausgeheult wie ein Schloßhund. Und dann hat der Schüssel nach der kurzen Nachdenkpause von einem Tag einmal seinen Mund aufgetan und gesagt, in der ÖVP gebe es keine Bereitschaft, sich dem anzunähern. Die Vizekanzlerin will das aber nicht „zu den Ak-

ten legen“ und stellt eine Volksbefragung in den Raum, was sie aber nicht als Ankündigung verstanden wissen will, sondern als Meinung. Hm.

Aber sonst läuft alles recht gut. Die Wiener Wahlen haben wir so erfolgreich bestritten, daß die Roten in der Wiener Stadtregerung sich nicht mehr hinter den Schwarzen verstecken können, sondern allein regieren müssen. Fast hätte ich gesagt: fabelhaft. Aber das ist ein Wort, das ich in der letzten Zeit lieber nicht in den Mund nehme. Wegen der früheren Büroleiterin vom Frauenminister mit der Männersektion, die mit dem Kurt-Ostbahn-Magister. Was soll denn der Aufruhr wegen des fehlenden Uni-Papierls, immerhin kommt sie aus einer unsrigen Familie – das muß genügen. Außerdem war ihr Job eine ausgesprochene Vertrauensstellung, da muß man sich auf die Verschwiegenheit verlassen können. Und da war sie perfekt, nicht einmal ihrem Mann soll sie etwas gesagt haben wegen des falschen Titels. Obwohl, ich sag ja immer, daß es höchste Zeit wär, daß mir die Partei endlich einen hochdotierten Regierungsjob zukommen läßt, da hätte sich die Braunauerin einiges erspart. Und für mich wär's fab ... auch super.

Insofern also keine Beschwerden. Aber dann kam der 1. Mai, und daran kiefel ich noch jetzt – der Tag war ein einziger Niederschlag. Nicht nur, daß die Roten auf dem Wiener Rathausplatz eine Minderheitenfeststellung mit 100.000 Teilnehmern durchführten. Nicht nur, daß die kleine Chefin ausgerechnet in Linz unsere Maifeier, ein Biersaufen im Sinne des Europagedankens aus unserer Sicht,

durchgeführt hat ... tja, in Linz müßte man sein. Nicht nur, daß der schwarze Kanzler den Tag der Arbeit dazu benutzt hat, darauf hinzuweisen, daß wir in Zukunft nicht vor 65 in die Pensi gehen können – nächstes Jahr sagt er dann: Rente erst ab 75, und Rente heißt Wasser und Brot.

Nein, wie ein Blitz aus heiterem Himmel ist ER zurückgetreten. Die Krone hat gleich ein Titelbild gebracht, wo einer aus lauter Trauer vom Wiener Donauturm gesprungen ist. Ich war vollkommen fix und fertig – fast so sehr, wie wenn sich der Chef wieder mit der Heide Schmidt auf ein Packerl hauert. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, daß ER Angst hat, ER muß wegen dem Schüssel in Zukunft bis 105 Jahre arbeiten, wenn ER nicht jetzt noch schnell die Kurve kratzt.

ER also will nicht mehr. 37 Jahre lang hat er täglich geschrieben, was wir gedacht haben, aber nicht so formulieren können, weil wir ja keine Johann-Nepomuk-Nestroy-Gesamtausgabe zum Abschreiben haben. Wenn ER hin und wieder auf Urlaub gegangen ist, was sich manchmal gerade bei ihm nicht vermeiden hat lassen, haben wir das Gefühl gehabt, überhaupt nicht zu denken und in dieser bösen Welt allein und verlassen zu sein. Auch in den Wind Gereimtes war da nur ein schwacher Ersatz. Jeden Tag ein neues Argument für den Biertisch, und jetzt ist's schlagartig aus. Staberl, wir lieben dich, du wirst uns fehlen!

Da hat auch nichts geholfen, daß am Abend in der ORF-Sendung „Lebenskünstler“ der Krone-Kolumnist Helmut Zilk den Krone-Kolumnisten Günther Nennung interviewte, und sie beide nicht nur entdeckten, daß sie beide Einzelkinder sind, sondern auch Krone-Herausgeber Hans Dichand immens viel für dieses unser Österreich getan hat. Wenigstens hätte der Zilk den Staberl einladen können statt dem rot-grün-hellschwarzen Wurstel. Aber der Staberl war dann eh bei der Vera.

Jetzt bin ich schon neugierig, ob es einen Staberl-Nachfolger geben wird und wer das sein soll. Weltanschaulich geeignet wäre jedenfalls der Gerd Leitgeb vom leider eingegangenen „täglich Alles“ oder der Chefredakteur der Presse – obwohl der in letzter Zeit arg nachläßt und keine rechtsradikalen Inserate mehr ins Blatt nimmt.

Und dem Kameraden Haupt hab ich einen Brief geschrieben: Wenn er diesen Sallmutteir endlich abschießt – ich wär bereit zur Nachfolge. Aber wahrscheinlich wird's eh wieder eine Freundin vom Spritzhorn.



Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt A-6020 Innsbruck

P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisch Leben/Stimme-Nr.: 38

Aufgabepostamt A-9020 Klagenfurt

Zul.-Nr.: 01Z020409 P



WIENER INTEGRATIONSFONDS

Rücksendeadresse:

Initiative Minderheiten
Gumpendorferstraße 15/13
A-1060 Wien




STADTPLANUNG WIEN



BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE SICHERHEIT
UND GENERATIONEN

GRÜNE
BILDUNGS
WERKSTATT
MINDERHEITEN 

10

Bureau de poste
A-9020 Klagenfurt
(Autriche)
Taxe perçue – Envoi à taxe réduite